



Die unbekannte Opposition in der DDR

Dokumente 1



Getarnt hinter dem Schloß dieser Aktentasche befanden sich in einer massiven kleinen vergoldeten Messingplatte, die Schlitz für heimliche Tonaufnahmen. Hinter den Schlitz saß ein japanischer Kassettenrecorder.

KPD/ML
Magdeburg 2006

Geperrt

Ministerium für Staatssicherheit
Hochschule Lehrgang: 23. HDL
Geheime Verschlusssache
GVSO01
MfS JHS-Nr. 70/87
3 Ausf. Bl.S 1 bis 87

Diplomarbeit

Thema: Erfahrungen und Erkenntnis in der Beweisführung
gemäß § 106 StGB - dargelegt an der Bekämpfung
von Aktivitäten der ehemaligen "KPD/ML-Sektion DDR"

Autor: Oltn. Schulz, Hilmar

(Dienstgrad, Name, Vorname)

BV Berlin, KD Treptow

(Diensteinheit)

Abschluß der Arbeit 15.12.1986

GVS JHS o001 - 70/87

0. Einleitung

Zur Erstellung der Diplomarbeit wurden komplexe operative Prozesse und Arbeitsergebnisse der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Berlin untersucht, die die Bekämpfung von Aktivitäten der ehemaligen "KPD/ML-Sektion DDR" in den Jahren 1976 bis 1981 zum Inhalt hatten. Zur zielgerichteten und differenzierten operativen Bearbeitung der Feinde wurden im genannten Zeitraum durch die bearbeitende Dienstseinheit mehrere OV und OPK geführt.

Da sich die Untersuchungsergebnisse auf die Beweisführung konzentrieren, wurden mehrere operative Materialien zu den gleichen Feindangriffen unter dem Gesichtspunkt der Vorgangsbearbeitung zusammenfassend dargestellt.

Zielstellung ist es, nachzuweisen, daß nur durch den Rahmenoperativplan vom 18.09.1980, "Rahmenplan der Beweisführung zum OV", und ein mit ihm verbundenes neues operatives Herangehen an die Bekämpfung der Feinde, die erfolgreiche tschekistische Arbeit möglich wurde. Ausgehend von den Zielen der Bearbeitung legte der Rahmenoperativplan sach- und personenbezogen die Wege und Möglichkeiten des Erkennens und operativen sowie strafrechtlichen Überführens der Verdächtigen fest.

Dabei ist die zum praktischen operativen Handeln wichtige konzeptionelle Gliederung in

- Ziele der Bearbeitung,
- zu erkennende und nachzuweisende Handlungen, Maßnahmen zu jeder Person und Sachlage, zu jeder möglichen und zu erwartenden strafrechtlich relevanten Handlung von besonderer operativer und aktueller Bedeutung.

Dies ist besonders wichtig für die Bearbeitung von Straftaten, die von inneren und äußeren Feinden im Zusammenhang mit der Formierung und Aktivierung politischer Untergrundtätigkeit begangen werden oder geplant sind.

Davon ausgehend, soll in der vorliegenden Arbeit beispielhaft dargelegt werden, wie, mit welchen operativen Maßnahmen, Mitteln und Methoden praktische Wege der Beweisführung begangen wurden. Dabei wird an entsprechenden Stellen auf die jeweils neu zu bestimmende Wertigkeit und den Einsatz der IM bzw. operativ-technischen Mittel und Methoden hingewiesen. Die Analyse der OV zeigt deutlich auf, daß formal keine Rang- und Reihenfolge für den Einsatz der einzelnen, dem Ministerium für Staatssicherheit zur Verfügung stehenden operativen und operativ-technischen Mittel und Methoden festgelegt werden kann. Entscheidend dafür sind der konkrete operative Sachstand, die jeweils fixierten Teilziele und die objektiv gegebenen bzw. zu erwartenden Möglichkeiten des Einsatzes und der Ergebnisse.

(...) DDR Hetzschriften verbreitet wurden, die ihren Ursprung in dieser Feindorganisation hatten. Akteure waren einzelne ideologische Stützpunkte in der DDR, die im Interesse der "KPD" handelten.

1976/77 häufte sich das Einwerfen von Hetzmaterialien in Hausbriefkästen, das Anschmieren von Hetzlosungen sowie anonyme Anrufe und Hetzbriefe an Institutionen und Parteifunktionäre, die inhaltlich massive und gefährliche Angriffe gegen die Politik von Partei und Regierung, gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse, gegen die sozialistischen Errungenschaften in der DDR darstellten. Bei den durch "Steckaktionen" in Hausbriefkästen verbreiteten oder an öffentlichen Orten abgelegten Hetzmaterialien handelte es sich insbesondere um die Zeitschriften und Flugschriften "Roter Morgen - Ausgabe DDR", "Roter Stachel", "Soldat hör zu" und "Student hör zu" - teilweise versehen mit der Aufschrift "lesen und weitergeben!". Das Anschmieren von Hetzlosungen und Ablegen bzw. Verbreiten von Flugblättern erfolgte öffentlichkeitswirksam. Die genannten feindlichen Handlungen wiesen für die Bearbeitung und Aufklärung dieser wesentliche einheitliche Merkmale auf:

- Hetzschriften, -flugblätter, -druckerzeugnisse und Losungen ließen durch den Aufdruck oder die Aufschrift "KPD/ML" (später nur "KPD") - "Ausgabe DDR"- "Sektion DDR" und markante, wiederkehrende Symbole und Betitelungen die gleichen Hintermänner und Akteure erkennen.

- Inhaltlich deckten sie die programmatisch verkündeten konterrevolutionären Zielstellungen der "KPD" ab.

- Es lagen bis zu diesem Zeitpunkt und zu keinem einschlägigen Vorkommnis operative Hinweise zu Tätern oder Mittelsmännern vor.
- Trotz massivem Kräfteinsatz und forcierter Bearbeitung der Vorkommnisse, der Fahndungs- und kriminalistischen Vergleichsarbeit konnten keine Hinweise zu Tätern ermittelt werden.

Die großen Erfahrungen, die das MfS bei der Aufklärung einschlägiger Vorkommnisse besitzt, die operativen Erfolge durch die konsequente Einbeziehung kriminaltechnischer Untersuchungsmaßnahmen wurden nicht wirksam, weil der oder die Täter ein Minimum und nur schwer auf sie schließende Spuren hinterließen. Aus diesem Grund und im Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus während Verbreitungszeiträumen und -orten gelaufenen vorbeugenden Sicherungseinsätzen leitete sich eine, für die weitere operative Bearbeitung sehr wesentliche Erkenntnis zum Vorgehen des Feindes ab:

- Der Feind arbeitet zielgerichtet und planmäßig, bei der Verbreitung unberechenbar, er vermeidet bewußt und erfolgreich Spuren wie Fingerabdrücke an Tatschriften und Ereignisorten, er sichert sich bei der Verbreitung ab und muß in seinem feindlichen Wirksamwerden konspirative Maßregeln besitzen und danach handeln.

Im Zusammenhang mit der gehäuftten Verbreitung von Hetzmaterialien seit 1976/77, die - wie beschrieben - ihrer Herkunft nach zuzuordnen waren, zeichnete eine "KPD/ML" "Sektion DDR" verantwortlich.

Dieses aktualisierte im Zusammenhang mit der Auswertung der Erkenntnisse über die Herkunft von Druckerzeugnissen, Papier, Schreibmaschinenarten usw. und der Gewißheit des ideologischen Ursprungs die Frage:

Werden verbreitete Materialien ausschließlich in der BRD oder Berlin (West) hergestellt und in die DDR eingeschleust und/oder existieren neben möglichen tatusführenden (verbreitenden) DDR-Bürgern auch Feinde in der DDR, die Texte und Inhalte selbst erarbeiten, Material selbst herstellen? Existiert und besteht die "Sektion DDR" aus struktuierten und organisierten Mitgliedern der "KPD" als personelle Stützpunkte in der DDR?

Die konkrete politisch-operative Lage sowie die daraus gezogenen Schlußfolgerungen ergaben mit zwingender Notwendigkeit, konzeptionell das weitere politisch-operative Vorgehen neu zu bestimmen.

Im Mittelpunkt stand dabei, im einheitlichen Beweisführungsprozeß konkrete operative Schritte und Maßnahmen auf die zu dem konkreten Zeitpunkt und der Sachlage notwendigen Teilprozesse auszurichten. Grundsätzlich war es ganz offensichtlich, daß ein Nachjagen des Feindes durch herkömmliche und bisher praktizierte Vorkommnisuntersuchung der Chance eines vagen Zufalls überlassen werden mußte. Das bedeutete jedoch nicht, daß vorbeugende Sicherungsmaßnahmen insbesondere zu gesellschaftlichen Höhepunkten vernachlässigt wurden, die der generellen Zielstellung des Ergreifens und überführens eines Täters auf frischer Tat Rechnung trugen. Nicht vernachlässigt, wegen der hohen Beweiskraft eines Ergreifens des Täters auf frischer Tat und wegen des generellen Sicherheitsbedürfnisses im Verantwortungsbereich. Andererseits lagen im Verlaufe der Zeit eine Vielzahl von operativen Personenhinweisen vor, zu denen die Möglichkeit bestand, daß sie Mitglieder, Sympathiesanten oder Helfershelfer der "KPD" waren. Um diesen Hinweisen zielgerichtet und schwerpunktmäßig nachgehen, die operativen Kräfte auf die wenigen wirklich operativ interessanten Personen konzentrieren zu können, war eine zumindest gedankliche oder konzeptionelle Trennung des operativen Elementes vom strafrechtlichen

Element im einheitlichen Beweisführungsprozeß erforderlich.

Das bedeutete, in Erkenntnis- bzw. Beweisführungsprozeß die Fragen in folgender Reihenfolge zu stellen:

1. Die Gewißheit erlangen, daß der operative Personenhinweis oder Verdächtige auch wirklich Mitglied der "KPD" ist bzw. in deren Auftrag strafrechtlich relevante Handlungen unternimmt (bezeichnet als operatives Element).

2. Insbesondere offiziell und strafprozessual verwertbare Beweismittel zu strafrechtlich relevanten Handlungen zu erarbeiten (bezeichnet als strafrechtliches Element).

Selbstverständlich wurden diesbezüglich keine gesonderten praktischen operativen Maßnahmen durchgeführt, beide Schritte stellen einen einheitlichen Prozeß in der operativen Arbeit dar. Verdeutlicht werden soll durch diese gedankliche Trennung bzw. Reihenfolge die Notwendigkeit der Konzentrierung der Beweisführungsmaßnahmen im entsprechenden Bearbeitungsstadium auf das erstmal wichtigste Etappenziel (Gewißheit über Zugehörigkeit), um darauf aufbauend die Liquidierung oder Neutralisierung der feindlichen Kräfte realisieren zu können.

Das neue operative Herangehen an die Aufklärung und Bekämpfung der Feindtätigkeit wurde -objektiv erforderlich geworden- bestimmt durch diese Überlegungen und konnte nur praktisch umgesetzt werden durch deren konzeptionellen Niederschlag im "Rahmenplan der Beweisführung" vom 18.09.1980.

Da an anderen Stellen auf die Spezifik des IM-Einsatzes konkret eingegangen wird, sei jetzt nur erwähnt, daß unter dem neuen politisch-operativen Herangehen auch die zwingende Notwendigkeit verstanden wird, die bisherige Vorkommnisuntersuchung durch ein inoffizielles Eindringen in die Kräfte der Feindtätigkeit und somit planmäßige inoffizielle Bearbeitung abzulösen.

Die zwei grundlegenden Schritte der Beweisführung können nur und müssen ihren konkreten Bezug zu dem bisher erkannten oder vermuteten bzw. zu erwartenden Vorgehen des Feindes besitzen. Es dürfen die Zielstellung und Maßnahmen der Beweisführung nicht einem Schema oder vermeindlich bewährten anderen operativen Material entnommen werden. Sie müssen sich auf die grundlegenden und im Detail vorliegenden Erkenntnisse im OV beziehen.

Das setzt natürlich voraus, daß der tatsächliche und objektiv gegebene Sachstand (keine Über- oder Unterbewertung/ Wunschenken usw.) erarbeitet wird. Die operative Arbeit ist ständig auf rechtlich relevante Handlungen und objektiv geforderte Begehungsweisen gemäß des zur Bearbeitung stehenden Paragraphen der konkreten Strafrechtsnorm zu konzentrieren. Die Beweisführung ist auszurichten auf tatsächlich vorhandene und erkennbare Handlungen und Verhaltensweisen der bearbeiteten Personen.

Dabei kann folgender gedanklicher Prozeß bei der schriftlichen Fixierung der Schritte der Beweisführung erfolgen:

Welche konkrete Strafrechtsnorm liegt den vorgefundenen oder vermuteten Feindaktivitäten zugrunde?

Mit welcher Zielstellung wird der/die Feinde operativ bearbeitet?

Welche Handlungen haben die Feinde begangen oder müssen sie begehen, um in ihrem feindlichen Sinne wirksam werden zu können?

Welche Merkmale, äußeren Erscheinungsformen und Kennzeichen weisen diese Handlungen auf? Wie sind diese Handlungen/Aktivitäten durch die operative Dienstleistung, den zum Einsatz gebrachten

IM mittels operativ-technischen Mitteln und Möglichkeiten zu erkennen?

Worauf sind demzufolge die operativen Kräfte, Mittel und Methoden zu konzentrieren?

Welche operativen Maßnahmen müssen, in welcher Rang- und Reihenfolge, zu welcher konkreten Einzelperson, zu welchen Zeitpunkten oder Orten, mit welchem gerechtfertigten Aufwand und wirklich zu erwartenden Nutzen realisiert werden?

Welche möglichen Gefahren oder Auswirkungen haben die operativen Maßnahmen auf die Sicherheit und Konspiration der IM bzw. anderen eingesetzten operativen Kräfte, Mittel und Methoden?

2. Erläuterungen zum "Rahmenplan der Beweisführung" des OV Die bisherigen Aussagen sollen anhand des "Rahmenplanes der Beweisführung zum OV" der bearbeitenden Dienstseinheit vom 18.09.1980 praktisch belegt werden.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits durch zielgerichtete inoffizielle Arbeit Quellen direkt am Feind und operativ-technische Mittel und Methoden exakte Personenhinweise zu Mitgliedern der "KPD-Sektion DDR" erarbeitet worden.

2.1. Ziele in der Beweisführung des OV

Zielstellung der Beweisführung war, zu beweisen, daß die Personen "...", "...", und eventuell weitere bekannt werdende Personen Mitglieder der "KPD" sind und in deren Auftrag feindliche, gegen die DDR gerichtete und strafrechtlich relevante Handlungen unternehmen. Dabei waren, und das ist der konkrete Bezug zu den Erscheinungsformen der feindlichen Tätigkeit, ihrem Vorgehen und materiell nachweisbaren Handlungen, folgende Handlungen zu erkennen und nachzuweisen:

1. Treffs/Zusammenkünfte und dabei erfolgte Auftragserteilung, Instruierung, Schulung, Materialübergabe und Informationsaustausch
2. Das Verfassen und Schreiben von Hetzartikeln/Flugblättern
3. Das Übergeben/Übernehmen von Materialien
4. Das Vervielfältigen/Drucken von Hetzmaterialien
5. Das Verbreiten von Hetzmaterialien, Fertigen und Anbringen oder Schmieren von Losungen
6. Der Besitz zur Herstellung benutzter oder zur Vervielfältigung bestimmter Materialien
7. Das Sammeln von Informationen, deren Weitergabe an Kuriere der "KPD" aus der BRD oder Berlin (West)
8. Das offene Eingeständnis (Offenbaren), Mitglied der "KPD" zu sein
9. Das Werben von neuen Mitgliedern

Dabei ist die exakte Orientierung an die im gesetzlichen Tatbestand des § 106 StGB fixierten objektiv geforderten Begehungsweisen zur strafrechtlichen Relevanz erkennbar.

In diesem Zusammenhang ist auf eine weitere Besonderheit in der Bearbeitung des OV hinzuweisen, die auch grundlegenden Einfluß auf die Beweisführung hatte. In der operativen Praxis des MfS und der

Vorgangsbearbeitung ist -objektiv gegeben durch die Spezifik der zu bearbeitenden Strafrechtsnormen des Besonderen Teils, 1. und 2. Kapitel des StGB- besondere Aufmerksamkeit auf den Nachweis der subjektiven Seite bei der Begehung von Staatsverbrechen zu richten. Im zu untersuchenden OV sind zwar über die Aufklärung der Persönlichkeit, ideologischen Haltungen, politischen Einstellungen, persönlicher Werdegang und Stellung zur sozialistischen Gesellschaft Personenhinweise erarbeitet worden.

Aber in den entscheidenden Phasen der Beweisführung zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit war das Problematische, immer nachzuweisen, daß die konkrete Person an der konkreten Tat, mit dem konkreten Tatbeitrag, in einer konkreten Art und Weise beteiligt war - also die objektive Seite.

Das heißt, daß die staatsfeindlichen Zielstellungen der identifizierten "KPD"-Mitglieder durch

- ihre umfangreichen und eindeutigen eigenen Aussagen in den verbreiteten Hetzmaterialien,
- der Intensität der feindlichen Handlungen,
- eigener programmatischer "Schulung"- und Bildungsdokumente"

hinreichend nachgewiesen werden konnten.

Auch blieben dem MfS keine Zweifel, daß bei einschlägiges Verbreitungen und Vorkommnissen (durch die exakt mögliche Zuordnung wegen der verwendeten Titel und Symbole bzw. der in der operativen Bearbeitung erworbenen inoffiziellen Hinweise) die "Sektion DDR" verantwortlich zeichnete. Durch die raffinierte Tarnung, konspirative Arbeitsweise, bewußte Spurenvermeidung und der der "Sektion DDR" eigenen Strukturform, blieb der Nachweis der Tatausführung durch eine bestimmte Person (strafprozessual haltbar) kompliziert.

2.2. Maßnahmen zur Erarbeitung der erforderlichen Informationen und Beweismittel

Es ist dargelegt worden, wie, ausgehend von der Formulierung der Ziele der Beweisführung, die zu erkennenden Handlungen fixiert wurden.

Daraus ergaben sich die Maßnahmen zur Erarbeitung der entsprechenden Informationen und Beweismittel.

Es wurde bereits deutlich, daß pauschale und allzuoft noch übliche Aneinanderreihungen gängiger Maßnahmen wie IM-Einsatz,

(Wohngebiets-

und Arbeitsstellen-) Ermittlung, Aufklärung der Eltern, Verwandten, Bekannten, M-, PZF-, VI-Fahndung und Kontrolle, Beobachtung u. v.

a. m.

a) nicht zum gewünschten Erfolg geführt

b) die Konspiration in starkem Maße gefährdet

c) keine zielgerichtete Beweisführung

zugelassen hätten.

Auch wurde, bezogen auf die nachzuweisenden Handlungen/

Aktivitäten, eine genaue Überprüfung des zum jeweiligen Zeitpunkt,

zur Person oder operativen Sachlage bestehenden Nutzen durchgeführt.

Aus den nachzuweisenden Handlungen ergibt sich daß nicht in jedem Fall der Einsatz eines IM (oder Neuerung) das effektivste und erfolgversprechendste Mittel gewesen ist. Es muß die eindeutige Aussage getroffen werden, daß in bestimmten Bearbeitungsphasen der Nachweis der Zugehörigkeit zur "KPD" und der Nachweis von strafrechtlich relevanten Handlungen nur und ausschließlich über 26-B-Maßnahmen und Beobachtung (nur Stützpunktbeobachtung) geführt werden konnte.

Das wird erklärbar bei Verdeutlichung der noch zu beschreibenden bzw. bereits beschriebenen Organisationsform, Struktur und Arbeitsweise der "KPD" bzw. "Sektion DDR". Durch diese konnten IM oftmals nur Hinweise oder Details erarbeiten, die für sich allein nicht auswertbar waren. Aber durch Erkenntnisse, insbesondere aus 26-B-Maßnahmen als operativ und strafrechtlich relevant erkannt, wurde auf Zugehörigkeit oder Tatbeteiligung bzw. -ausführung verwiesen.

Und umgekehrt: Die 26-B-Maßnahmen waren oftmals einzige Informationsquelle bzw. dadurch erarbeitete Informationen konnten durch analytische Arbeit darauf aufbauende operative Ermittlungen und Kombinationen und dem zielgerichteten IM-Einsatz bzw. deren Befragung in einen verwertbaren Zusammenhang gebracht werden.

Beispiel

Dem IM ist bekannt und er berichtet, daß über Kurier aus der BRD oder Berlin (West) neue Hetzmaterialien eingetroffen und über die Sektionsleitung an "... Spitzname "..., Leiter einer Zelle in der DDR, zur Verbreitung weitergegeben wurden bzw. werden sollen. Im Idealfall kennt der IM den Zellenleiter, aber bereits nicht mehr deren Mitglieder und Strukturen. Häufiger jedoch kannte der IM bereits nicht mehr den Zellenleiter persönlich und war auch nicht über den

Verbindungsweg der Sektionsleitung zu dieser Zelle informiert.

Daraus ergibt sich beispielhaft die Wertigkeit und Möglichkeit der Anwendung folgender operativ-technischer Mittel, um über den Verbleib der Hetzmaterialien Informationen zu erhalten, die genannte Zelle zu identifizieren bzw. eine Verbreitung zu verhindern oder bei Verbreitung die Täter zu ermitteln: - 26-B-Maßnahme bei Leitungsmitgliedern der "Sektion DDR", aus Nachfolgegesprächen zwischen Leitungsmitgliedern weitere Informationen erarbeiten über die Weitergabeorte und -termine sowie Verfahrensweisen (TBK, Treffs, Fahrten), über Personenhinweise, die die Identifizierung des Zellenleiters ermöglichen, über Zeitpunkt bzw. Ort der geplanten Verbreitung.

- Beobachtung. eventuell operativ-technische Beobachtung des TBK, Stützpunktbeobachtung, wenn Wege und Trefforte bekannt sind.

- Markierungsmittel, zur späteren Identifizierung bzw.

Nachvollziehung.

Weitere Beispiele zum untrennbaren Zusammenhang von IM-Einsatz und der Anwendung operativ-technischer Mittel und Methoden werden insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Beweisführung zu

- Zugehörigkeit zur "KPD"
- Ausschließung der Zugehörigkeit
- Tatbeteiligung
- Kontrolle der Reaktionen der Feinde auf offensive Maßnahmen des MfS und Zersetzungs- bzw. Verunsicherungsmaßnahmen
- Ermittlung des Verbindungs- und Kuriersystems dargelegt.

Dabei muß davon aufgegangen werden, daß das Wirkungsfeld eines IM jeweils nur eine bearbeitete Person war. Übrige Erkenntnisse zu Personen und Handlungen wurden oftmals nur durch analytische Vergleichsarbeit auf Grundlage bruchstückartiger

Detailinformationen zusammengetragen.

Die Stellung, Bedeutung und Wirksamkeit der operativen Maßnahmen zur Beweisführung soll weiter anhand des vorliegenden Rahmenplanes der Beweisführung praktisch erläutert werden. Zu den zu erkennenden und nachzuweisenden Handlungen wurden unter Punkt 1 -Treffe, Zusammenkünfte, Auftragserteilung, Instruierung, Schulung, Materialübergabe, Informationsaustausch- folgende Maßnahmen festgelegt:

(insgesamt auszugsweise)

1. Bei allen bekannten Personen durch die Abteilung VIII Beobachtungsstützpunkte einrichten mit der Zielstellung,
- das Verhalten und den Bewegungsablauf der betreffenden Personen feststellen, fotografisch dokumentieren, insbesondere Zeiten von besonderen Aktivitäten feststellen;

- Kontaktpersonen, Zusammenreffen fotografisch dokumentieren, so daß eine Personenidentifizierung gewährleistet ist.

Die Beobachtungsstützpunkte sind bei Kenntnis bevorstehender Aktivitäten und Aktionen sofort zu besetzen, und eine ununterbrochene Kontrolle ist zu gewährleisten.

2. Zur Dokumentierung des Inhaltes von Treffs/Zusammenkünften in Wohnungen wird bei jeder Schwerpunktperson die Installierung eines Auftrages 26-B angestrebt.

3. Zur Erarbeitung von Beweisen/Indizien für eine Trefftätigkeit/Auftragserteilung/Instruierung/Schulung werden die vorhandenen IM zielstrebig genutzt.

Im Umgangskreis, Wohngebiet und Arbeitsstellen werden

- die Existenz von IM anderer Dienstseinheiten weiter geprüft,
- Personenhinweise für das Schaffen eigener IM/GMS erarbeitet, um Kontrollen wirksamer zu gestalten und gegebenenfalls IM in ihre operative Bearbeitung einzuführen.

Zu Punkt 2 -Verfassen, Schreiben, Vervielfältigen von Hetzmaterialien

vorliegende Hetzartikel werden mit zu beschaffenden schriftlichen Arbeiten der verdächtigen Personen (Arbeiten mit politischen Aussagen aus dem Studienbereich u. ä.) verglichen, um nachzuweisen, daß eine bestimmte Person der Verfasser ist.

- Übergeben von Desinformationen an Verdächtige, von denen anzunehmen ist, daß sie für Hetzartikel verwendet werden, um Über den Weg des Wiederauftauchens eine Zuordnung bzw. Tatbeteiligung mittels eines Indizes zu belegen.
- Komplexe Nutzung des Auftrages 26-B für diesen Beweiskomplex.
- Schaffung von Voraussetzungen für konspirative Arbeitsplatz- und Wohnungsdurchsuchungen mit der Zielstellung
 - . Beweise zu sichern
 - . Spuren zu sichern und zu dokumentieren . Relikte zu sichern und zu dokumentieren (Filme, Stempel usw.)
 - . Schreibmaschinen, Vervielfältigungsgeräte festzustellen und zu dokumentieren.

Weitere Maßnahmen zum Erkennen/Nachweis operativ-bedeutsamer Handlungen:

- Alibiüberprüfungen durch zuverlässige IM/GNS in Wohngebieten und Arbeitsstellen, die bei zu erwartenden Aktionen die An- oder Abwesenheit der Verdächtigen prüfen.
- Erkennen und Beweisen von Verbreitungsaktionen
- Feststellen von wiederholt betroffenen Verbreitungsgebieten, Aufbau von Beobachtungstützpunkten in diesen Gebieten mit dem Ziel: - Personenbewegungen zu filmen,
- Verbreitungen zu erkennen und gegebenenfalls Täter auf frischer Tat zu stellen,
- anhand von Filmaufzeichnungen erkennen, ob bearbeitete Personen im Sicherungsbereich waren,

Prüfung des Einsatzes von Flächenmarkierungsmitteln vor möglichen Verbreitungshäusern und an TBK der "KPD"

- Auswahl von IM-Kandidaten entsprechend Anforderungsbild.

Zu jedem Zeitpunkt der Bearbeitung lagen zu den Einzelpersonen Aufklärungs- Bearbeitungs- oder Beweisführungspläne vor, die dem konkreten Sachstand Rechnung trugen und beispielsweise durch diesen Rahmenplan ergänzt wurden.

Die Zielstellung der Beweisführung war also, nachzuweisen, die Gewißheit zu erlangen, daß Verdächtige Personen Mitglieder der "KPD" sind (operatives Element), um davon ausgehend die Kräfte auf das strafrechtliche Element - den Nachweis der Begehung von strafrechtlich relevanten Handlungen - konzentrieren zu können.

Die Notwendigkeit des dargelegten Vorgehens in der Beweisführung soll noch anhand einiger Merkmale des untersuchten operativen Materials erläutert werden.

- Die operative Bearbeitung des verdächtigen Personenkreises erfolgte stets auf Grundlage der konkreten Strafnorm des § 106 StGB, allen objektiven und subjektiven Anforderungen, die an die Begehung dieser Straftat gegeben sind. Die Bearbeitung erfolgte nicht wegen der Zugehörigkeit zur "KPD" bzw. wegen des Sympathiesierens mit irgendwelchen ideologischen Strömungen.

Aus diesem Grund ist der Beweis der Zugehörigkeit einer Person zur "KPD" eine wichtige operative Erkenntnis, begründet aber noch keine strafrechtliche Verantwortlichkeit.

- Die Gewißheit über die Zugehörigkeit einer Person zur "KPD" ist über weite Teile der Bearbeitung das Kraft- und Zeitaufwendigste und auch das Bedeutsamere gewesen. Durch enormen operativen Kräfteaufwand wurden eine Vielzahl von Personen in das Blickfeld des MfS gebracht und operativ überprüft. Eine unbedingt erforderliche Konzentration der operativen Kräfte, Mittel und Methoden war nur durch die Ausschließung von Verdächtigen bzw. den Nachweis ihrer Zugehörigkeit möglich.

- Das operative Element der Beweisführung beinhaltete nicht bloße Identifizierungsaufgaben. Es gab Personenhinweis durch IM oder 26'er Informationen, die sich nur auf Spitz- oder Vornamen, Daten oder zunächst nicht verständliche Sachverhalte bezogen. Das erforderte die Zuordnung dieser Angaben zu den bekannten oder noch bekanntwerdenden Personen.

* Die Differenzierung der Tatausführung und -beteiligung und Einordnung der strafrechtlichen Relevanz bzw. des Grades der * feindlichen Einstellungen, erfolgte nicht erst bei der strafrechtlichen Verfolgung in Untersuchungsverfahren. Strukturen, Funktionen und Verantwortlichkeiten innerhalb der "KPD" mußten auch wegen der Konzentration der operativen Kräfte, Mittel und Methoden rechtzeitig während der operativen Bearbeitung erkannt werden.

3. Ausgewählte Beispiele zum Vorgehen bei der Erarbeitung der Gewißheit über die Zugehörigkeit bzw. Ausschließung der Zugehörigkeit zur "KPD" _____

Es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, als Ausgangspunkt für weitere operative Maßnahmen die Frage nach der Zugehörigkeit einer im Blickfeld geratenen Person zur "KPD-Sektion DDR" zu stellen. Ist die Gewißheit erlangt, daß eine Person Mitglied der "Sektion DDR" ist, wird ein konzentrierter Kräfteinsatz an und zu ihr erfolgen, um offiziell verwertbare Beweise zu strafrechtlich relevanten Handlungen zu erarbeiten. Zumindest inoffizielle Beweise zu strafrechtlich relevanten Handlungen können jedoch bereits im Stadium der Erlangung der Gewißheit zur Zugehörigkeit erarbeitet werden. Deshalb sind diese Etappen in ihrer unbedingten Einheit als einheitlicher Beweisführungsprozeß zu sehen.

Im folgenden sollen einige praktische Beispiele aufgezeigt werden, wie auf die unterschiedlichste Art und Weise die Gewißheit über die Zugehörigkeit einer Person zur "Sektion DDR" erlangt wurde. Es soll damit die Komplexität bereits dieses Schrittes in der Beweisführung deutlich gemacht werden.

Komplexe unter dem Gesichtspunkt der zum Einsatz gebrachten Kräfte, Mittel und Methoden, des unterschiedlichen Stellenwertes dieser in Abhängigkeit der konkreten Aufgabenstellung und auch unter dem Aspekt der erzielten Wirkungen. Diese sowie die erarbeiteten Informationen waren oftmals Ausgangspunkt für die weitere zielgerichtete operative Bearbeitung.

1. In der Wohnung der "... " bereits als aktives Mitglied der "Sektion DDR" erkannt, wurde entsprechend der Maßnahmepläne ein Auftrag 26-B realisiert. Bei einem Besuch eines anderen Mitgliedes der Sektion erwähnt "... " unter anderem, daß "... " als "... " bereits identifiziert und bereits vermutet, daß sie "... " in die Tätigkeit der Sektion mit einbezogen ist) ... sehr aktiv ist, ... aber, ... "....." nicht aus der Hüfte kommt ... Durch die operative Technik wurde der inoffizielle Beweis erbracht,

2. a) daß "... " aktiv in der Sektion mitarbeitet,
b) daß der bisher nicht erkannte "... " aktives Mitglied der Sektion ist.

Die Konzentration der operativen Kräfte ergab im Verlauf der OV-Bearbeitung, daß der "... " als "Fachmann" für "... " geistiger Vater einer neuen Hetzzeitschrift "Der Rote Landbote" sein sollte, an deren Erstellung und ersten Ausgaben gearbeitet wurde.

2. Bedeutende operative Konsequenzen aus einem kleinen Nebensatz (26-B-Maßnahme)"... " äußert in einem Gespräch über Regelungen der der Beitragszahlungen für ihre "Partei" ... "...." zahlt `soundsoviel`...

Damit war erstmals und eindeutig der Beweis erbracht, daß der "... " aktives - zahlendes Mitglied der "KPD" ist.

3. Vorliegen von zwei Ausgangsinformationen durch 26-B-Maßnahmen:

a) Aus einer Unterhaltung zwischen "... " wird ersichtlich, daß ein Mitglied der Sektion Namens "... " existiert. Offensichtlich wohnt er l- im Randgebiet von Berlin.

b) "... " beschwert sich bei "...." daß gegen die Regeln der Konspiration verstoßen worden sei. Es ginge nicht, daß "... " mit "... " gemeinsam mit einer Trampergruppe nach Bulgarien fährt.

Zielstellung war es, den "... " zu identifizieren. Der Weg über den Hinweis der stattgefundenen Bulgarienreise ist gangbar, jedoch nicht über die Speicher der HA VI, da es sich um eine lose Trampergruppe und keine organisierte Reisegruppe gehandelt hatte. Durch periphär eingesetzte IM war bekannt, daß die bereits ins Blickfeld der operativen Dienstseinheit geratenen "... " und "... " als mögliche Mitglieder der "KPD", da zum Umgangskreis bereits erkannter Mitglieder gehörend, ebenfalls in dem Jahr in Bulgarien gewesen sind. Es wurden zwei operative Ermittlungen durchgeführt:

a) Bei "... " und "... " wurde die Legende angewendet, daß der VP bekannt sei, daß sie in Bulgarien waren (daß die DVP über Grenzpassagen informiert ist, wird im allgemeinen angenommen) und da Über Bulgarien

zu dieser Zeit wertvolle Kunstgegenstände geschmuggelt wurden, sollten sie Personen benennen, die mit ihnen gefahren sind. "... " und "... " waren auskunfts- und hilfsbereit, zeigten Reisefotos und nannten mehrere Namen, unter anderem den vollständigen von "... "

b) Die zweite Ermittlung ergab keine Hinweise zum "... "
Das wichtigste Ergebnis dieser operativen Maßnahme war die Identifizierung des Mitgliedes der "KPD" "... "

Bei einem späteren Gespräch zwischen "... " und "... " (26-B-Maßnahme) erzählt "... ", daß ... die ... sich bei Bekannten von "... " nach der Reisegruppe erkundigt haben ..., sie hätten zwar gesagt, es geht um Kunstraub, aber ... die ... (gemeint sind "... " und "... ") ... können ja nicht einschätzen, worum das geht
Aus den dargelegten Situationen, offenbart durch operative Technik, IM und operative Ermittlungen, ergab sich nunmehr folgendes operativ bedeutsames Ergebnis:
"... " wurde als Hinweis bekannt und eindeutig als Mitglied der "Partei" identifiziert.

- Dem "... " konnte der Deckname der Sektion "Rübe" zugeordnet werden.

- "... "und"... " sind keine Mitglieder der Sektion, sie sind offensichtlich in keine internen Angelegenheiten eingeweiht.

- Die Person, bei der die Ermittlung realisiert wurde, hat mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen Kontakt zu dem bearbeiteten Personenkreis.

1. Ebenso wie zu "... " und "... " lagen zu einer großen Anzahl von Personen aus dem Bekannten- und Umgangskreis der bereits identifizierten Sektionsmitglieder Informationen vor. Da die Freundschaft zu den Feinden oder etwaige ähnliche politisch-ideologische Ansichten eine Bindung von operativen Kräften nicht rechtfertigen würde, galt es, stets der Ausschließung des Verdächtigen der Zugehörigkeit große Aufmerksamkeit zu widmen. So wurde eine recht unkonventionelle aber sehr wirksame operative Maßnahme zu dem Verdächtigen durchgeführt. In ihm vermutete man ein Mitglied der Zelle. Dem "... " wurde in einem Paket eine halbierte Zuckerrübe mit der Post zugestellt. Ziel war festzustellen, wie er reagierte. "... " verließ das Haus mit einem Behältnis und begab sich zu "... " in die Wohnung, bei welcher Technik installiert war. Offensichtlich muß er die Zuckerrübe vorgelegt haben, denn er fragte die Anwesenden, ob sie wissen, was das zu bedeuten hat. "... " und "... " gaben ihm keine Antwort.

Als er die Wohnung wieder verlassen hatte, sagte "... " ... wir wissen ja nun, was das bedeuten hat ... armer "... ". Kurze Zeit darauf amüsierten sie sich gegenüber anderen Sektionsmitgliedern über den ... ahnungslosen, der nicht wußte, was Sache ist ...

"..." hatte zu fast allen Leitungsmitgliedern der "Sektion DDR" engeren persönlichen Kontakt und war dadurch in starkem Maße verdächtig, ebenfalls aktives Mitglied der "KPD" zu sein. Ein Nachweis, der den Verdacht bestätigt oder entkräftet hätte, konnte weder mit IM noch mit Technik erbracht werden. Deshalb wurde "... " nach seiner Inhaftierung "... " befragt. Er verneinte eine Mitgliedschaft in dieser "Partei", wirkte jedoch bei seiner Aussage unsicher, weswegen seine Glaubwürdigkeit eingeschränkt war. Kurze Zeit später "... ", welches zum Anlaß genommen wurde, "... " direkt anzusprechen.

einschlägige Kontakte zu haben, gab auch sofort zu, wegen einer Mitgliedschaft in der "KPD" angesprochen

worden zu sein und verwies jedoch auf ihre diesbezüglich ablehnende Haltung. Er bestätigte voll inhaltlich, und aufgrund der konkreten Situation glaubwürdig, die Aussagen von "....."

6. Es muß nochmals nachdrücklich darauf verwiesen werden, daß die Identifizierung von Mitgliedern der "KPD" -wie auch aus dem Rahmenplan zur Beweisführung ersichtlich - in komplexen Einsatz der IM, operativ-technischen Mitteln und Methoden sowie operativen Ermittlungen erfolgte. In der konkreten OV-Arbeit sollte demzufolge schöpferisches Denken, Konstruktivität und Realitätssinn das Handeln bestimmen, um im jeweiligen Fall die wirksamste und effektivste Variante zu wählen. Alle Wege und Möglichkeiten ausschöpfen, heißt, nicht schematisch vorgehen.

So bot es sich in einem Fall an, einem IM eine Wohnung im Haus eines Verdächtigen zuzuweisen. Der IM hatte den Auftrag, ausschließlich über

die umfassende Aufklärung der Persönlichkeit des Verdächtigen, seine politisch-ideologische Einstellung, Verhaltensweisen und Reaktionen auf bestimmte objektiv vorhandene bzw. ihm vorgegebene gesellschaftliche Erscheinungen und Umstände nachzuweisen, daß er von seiner subjektiven Seite her mit hoher Wahrscheinlichkeit Mitglied der "KPD" ist. Dieser Nachweis wurde erbracht und nachfolgend durch die Konzentration weiterer operativer Kräfte, Mittel und Methoden die Gewißheit zur Mitgliedschaft und konkreten Aktivitäten im Sinne der "Partei" geschaffen.

7. Ein quantitativer und qualitativer Sprung im Prozeß der Identifizierung von Mitgliedern der "Partei" erfolgte selbstverständlich mit der immer besseren Profilierung der IM unter den feindlichen Kräften.

Ein IM im unmittelbaren Kern der Sektionsleitung identifizierte in bestimmten Bearbeitungsphasen fast täglich neue Mitglieder, differenzierte ihren Grad der Integration in diesen Personenkreis und Tatbeteiligung.

8. Eine besondere operative Bedeutung für die Beweisführung hatte die Feststellung von Standorten der durch die Feinde benutzten Technik, Hilfsmittel, Druckgeräte usw. Es war so zum Beispiel bekannt, daß eine Druckerei der Sektion existiert, über welche ein Großteil der Hetzmaterialien gefertigt wurde. Es konnte aber keinem der bereits identifizierten Sektionsmitglieder der Standort dieser Druckerei zugeordnet werden, woraus auf die Existenz eines weiteren wichtigen Mitgliedes der "Partei" geschlossen wurde. Über den IM "Clemens", der kein Mitglied der "Partei" war, sich bewußt aus den einschlägigen Aktivitäten heraushielt und fast ausschließlich nur persönlich-freundschaftlichen Kontakt unterhielt, wurde der Standort der Druckerei und das aktive Mitglied "... " identifiziert. "... " ließ sich gelegentlich vom "Clemens" Papier zum Druck von Hetzmaterialien besorgen, deren

Bezug "Clemens" glaubwürdig abdecken konnte und deren Verwendung ihm offiziell nicht bekannt war. Als "... " sich an "Clemens" wandte ob dieser wieder Papier hat und "Clemens" dem "... " dieses in die Aktentasche legte, sah er, daß "... " noch anderes, für den Druck verwertbares Material in der Tasche hatte. Ohne ein Gespräch darüber zu führen, verfolgte "Clemens" von seiner Wohnung aus den weiteren Weg "... " und stellte das Haus fest, in welches sich "... " begab.

Die Überprüfung ergab, daß in diesem Haus ein "....." wohnt. Weitere eingeleitete Maßnahmen, z. B. die Feststellung, daß "....." regelmäßig, vermutlich immer mit Material, das Haus betritt und verläßt, ergaben den Nachweis, daß dieser "... " aktives Mitglied der "Partei" ist und sich in seiner Wohnung die Druckerei befindet. Inoffiziell wird dies später bestätigt durch eine konspirative Wohnungsdurchsuchung.

Die Druckerei in der Wohnung des "... " war bei der späteren Zerschlagung der Sektion unumstößlicher Beweis für seine strafrechtliche Verantwortlichkeit.

3.1 Einige spezielle Anforderungen an operative Ermittlungen in der Beweisführung_____

Operative Ermittlungen waren eine wichtige Erkenntnisquelle im Prozeß des Verschaffens der Gewißheit über die Zugehörigkeit einer Person zur "KPD". An die Ermittlungen wurden jedoch besondere Anforderungen gestellt:

- Sie wurden durch operative Mitarbeiter der bearbeitenden Diensteinheit selbst realisiert.

- Ermittelt wurde nur bei nachweisbar zuverlässigen Personen, insbesondere und fast ausschließlich bei auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit überprüften IM/GMS.

Es wurden bis zu 100 Personen aus dem jeweiligen Umfeld (Wohngebiet, Arbeitsstelle, Freizeitbereich) der betreffenden Person über die Abteilung XII überprüft und Rücksprache mit den erfassenden Diensteinheiten geführt. So konnte nur bei Vorhandensein von IM/GMS diese selbst angesprochen oder über die jeweilige Diensteinheit genutzt werden.

Der Umstand, daß Auskunftspersonen über Ermittlungen reden - leider öfter als die ermittelnde Diensteinheit feststellt oder berücksichtigt - und sich bzw. die operative Aufgabenstellung dekonspirieren, wurde andererseits für offensive Maßnahmen in der OV-Bearbeitung ausgenutzt. Bei Verunsicherungsmaßnahmen oder der Kontrolle von Reaktionen auf andere Maßnahmen des MfS, wurden Ermittlungen mit einer genau definierten Zielstellung bei Personen geführt, von denen eine Weitergabe der Informationen an die Zielperson zu erwarten gewesen ist.

3.2. Beweisführung zu Kurier- und Instrukteurverbindungen

Der Nachweis der inspirierenden und organisierenden Funktion feindlicher Kräfte und Zentren aus dem Operationsgebiet, speziell der Zentrale der "KPD" in der BRD, wurde insbesondere über die Identifizierung der Kurier- und Instruktoren geführt. Gerade auch aufgrund des Umstandes, daß direkt erkannte Kurier- und Instruktorenverbindungen am besten neutralisiert werden können, wurden große Anstrengungen unternommen, diese festzustellen. Das heißt, sie nicht zu liquidieren - mittels Festnahme oder Einreise-Sperre - sondern erkannt unter operativer Kontrolle zu halten.

Die Identifizierung erfolgte im wesentlichen über IM, deren Kenntnisse über Ankunft und Abreise der Kurier- und Instruktoren, die Beschreibung der Person mit nachfolgender Fahndung über die HA VI. Der Aufenthalt der Kurier- und Instruktoren bei den IM gestatte auch eine direkte Identifizierung mittels konspirativer Einsichtnahme in deren Personaldokumenten.

Des Weiteren wurden Standortbeobachtungen vor zu erwartenden Trefforten bzw. Wohnungen mit fotografischen Dokumentierungen oder nachfolgenden Beobachtungen bis zur Grenzübergangsstelle durchgeführt. Die Kurier- und Instruktoren konnte man nach deren Identifizierung weiter gewähren lassen, daß

- sie die wichtigste Quelle für zu erwartende Strategien der Feinde waren,
- das Material bzw. übergebene Instruktionen dem MfS über die IM anschließend zur Verfügung standen, operativ-technische markiert oder eingezogen werden konnten,
- die Kenntnis, daß Material kommt und wo es hinterlegt wird, operativ bedeutsamer war, als von neuen Kurierern und Schleusungen überrascht zu werden.

3.3. Konsequenzen für die Beweisführung aus der konspirativen Vorgehensweise des Feindes

In der Anlage 2 wird zum Sicherheitsbeschluß und beispielhaft zu der konspirativen Arbeitsweise der "Sektion DDR" Stellung genommen. Alle Aufgaben und Konsequenzen für die Beweisführung bzw. das Vorgehen in der Bearbeitung des OV erlangen ihre objektive Notwendigkeit und resultieren aus diesem zielgerichteten, gewollt und durchgesetzten raffinierten, konspirativen Vorgehen des Feindes. Als dem MfS der Sicherheitsbeschluß vorlag, wurde zu einigen Zusammenhängen klar, warum die Bearbeitung und Bekämpfung des Feindes so schwierig ist, und weitere Konsequenzen konnten daraus gezogen werden. Jedoch bevor das konspirative Verhalten des Gegners durch den Sicherheitsbeschluß offensichtlich erklärbar wurde und schwarz auf weiß vorlag, erbrachten Analysen des feindlichen Vorgehens und Verhaltens Schlußfolgerungen darauf. Es wurde rechtzeitig erkannt, daß man es mit einem sich raffiniert tarnenden und vorgehenden Feind zu tun hat, dessen Bekämpfung neue Überlegungen und Wege verlangt. Es muß an dieser Stelle auf ein grundlegendes Problem bei der operativen Bearbeitung von Feinden hingewiesen werden. Ob man weiß,

daß ein Gegner gesonderte Regeln der Konspiration anwendet, sich kriminalistische und kriminaltechnische Kenntnisse aneignet und sich für seine Feindtätigkeit zu nutze macht und mißbraucht, wie die "KPD" nach den Regeln des antifaschistischen Widerstandes operiert oder ob diese Erkenntnisse nicht vorliegen:

kein Feind ist in der operativen Bearbeitung zu unterschätzen! In der Aufklärungs-, Überprüfungs- und Bearbeitungszeit ist stets mit Absicherungs-, Sicherungs- und Gegenüberprüfungsmaßnahmen und konspirativem Vorgehen zu rechnen. Das hat aber auch konkrete operative Konsequenzen. Auch bei solchen scheinbar belanglosen operativen Maßnahmen, bei denen ... sowieso nichts passieren kann ... , ist genau zu Überlegen, ob die eigene Konspiration, die Kräfte, Mittel und Methoden des MfS gesichert sind. Ist es zu überlegen, ob z.B. Wohngebietsermittlungen unbedingt erforderlich sind, die Beschaffung von Kaderakten (die der Verdächtige durchaus feststellen kann) Neuigkeiten erbringt, PZF- oder M-Kontrolle u.v.a.m. operativen Nutzen bringt, Informationen nicht auch andere beschafft werden können, die Konspiration eventuell gefährdet ist, ist zu Überlegen, ob man es mit einem sich bewußt tarnenden Gegner zu tun hat.

In der Bearbeitung des OV wurde dieser Umstand stets beachtet bzw. sich darauf eingestellt. Beim IM-Einsatz ist die bearbeitende Diensteinheit und alle anderen Diensteinheiten des MfS, die daran mitgewirkt haben, grundsätzlich davon ausgegangen, daß nicht nur die IM nicht erkannt werden dürfen vom Feind, sondern daß der Feind in seinen Reihen erst gar nicht noch einer Quelle suchen darf. Es durfte innerhalb des bearbeiteten Personenkreises nicht der Verdacht entstehen, daß Maßnahmen des MfS auf undichte Stellen" in ihren eigenen Reihen zurückzuführen sind. Es haben operative Kombinationen mit dem Zweck der Verunsicherung einzelner oder des gesamten Personenkreises, Vorbeugegespräche und strafrechtliche Belehrungen stattgefunden, die immer so abgesichert worden sind, daß das Zustandekommen oder der Anlaß zum Wirksamwerden des MfS im eigenen Fehlverhalten oder Handeln gesucht wurde.

4. Etappen auf dem Weg des Nachweises der strafrechtlichen Verantwortlichkeit-

Eine Schlüsselstellung im Nachweis der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nahmen im Zusammenhang mit der kontinuierlichen Beweisführung in der Bearbeitung des OV zwei Vorkommnisse ein.

4.1. Aktion "Wippe" und Anbringen von Hetzplakaten

Zwei IM berichteten am 25.08.1980 und 28.08.1980 über geplante Flugblattverbreitungen der "Sektion DDR". Aus der bloßen Kenntnis heraus, daß etwas geplant ist, konnte keine vorbeugende Verhinderung der Aktion seitens

des MfS gewährleistet werden (wie in ähnlichen Fällen auch).

Am 29.08.1980 erfolgte die Verbreitung von Flugblättern im Raum Oberschöneweide durch Abwurf dieser aus einem Dachbodenfenster mittels einer Kippvorrichtung. Es war die bis zu diesem Zeitpunkt größte öffentlichkeits-wirksamste Aktion, die durch die

vorliegenden Informationen der IM auch eindeutig dem bearbeiteten Personenkreis zugeordnet werden konnte ("Wippe"). Die aus der Vorkommnisuntersuchung resultierende Beweislage ergab wie in ähnlichen anderen Fällen zwar eine Spurenlage für eventuell spätere Vergleichsarbeit, war jedoch nicht geeignet, um aus kriminaltechnischer Sicht unmittelbar auf den oder die Täter zu schließen. Entsprechend den operativen Möglichkeiten wurden daktyloskopische Spuren, Schuhabdruckspuren, Geruchsspuren mit bereits bekannten tatverdächtigen Personen bzw. deren Vergleichsspuren verglichen, welches jedoch keine positiven Resultate brachte.

Auf Grundlage eines "Planes der forcierten operativen Bearbeitung der als "KPD/ML"- Mitglieder erkannten Personen" wurde die operative Bearbeitung und Beweisführung in folgenden Richtungen präzisiert (auszugsweise):

- Zielstellung: ist nachzuweisen, daß eine oder mehrere der erkannten oder verdächtigen Mitglieder der "KPD" an dem Hetzdelikt "Wippe" als Hersteller oder Verbreiter beteiligt waren und damit die Vorbereitung einer Entscheidung über die strafrechtliche Ahndung der Straftat ermöglicht wird.
- Die bestehende OV-Arbeitsgruppe wurde auf 1:6 Genossen erweitert.
- Alle Personen werden zu den beweisheblichen Tatsachen der Aktion "Wippe" überprüft und Vergleichsmaterialien beschafft. Erarbeitung ein personenbezogenen operativen Maßnahme-Realisierung einer konspirativen Wohnungsdurchsuchung, Auftrag 26-B und Einrichtung von Beobachtungsstützpunkten

Nachweis, daß "... " und "... " Mitglieder der "KPD" sind.

- Neutralisierung des "... " durch weitere zielgerichtete Zersetzungsmaßnahmen. (wird noch gesondert erläutert)
- Weitere detaillierte Maßnahmen zu "... " und "... "

- Einbeziehung der Ehepartner.

Aus der Sicht der späteren Aufklärung der Aktion "Wippe" und Überführung der Täter, welche letztendlich wesentlich zum erfolgreichen Zerschlagen der "Sektion DDR" geführt hat, kann eingeschätzt werden, daß wesentliche Maßnahmen dieses Planes den richtigen und erfolgreichen Weg der Beweisführung aufgezeigt haben. So zum Beispiel die Einbeziehung des "... " Verdächtigen der Zugehörigkeit zur Sektion, der Ehepartner und die fixierten Maßnahmen zu "... " Das zweite Vorkommnis war das Anbringen von mehreren Hetzplakaten am 08.10.1980, welche inhaltlich verfälschend auf die damaligen Ereignisse in der VR Polen bezug nahmen und die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR angriffen. Die Beweislage dazu ergab unter anderem:

- Die Plakate waren mittels Linolschnitte gedruckt worden.
- Die Linolschnitt-Druckvorlagen waren offensichtlich in guter Qualität gefertigt worden.

- Ein Plakat war in den Innenräumen des Berliner Werkes für Fernsehelektronik angebracht.

Folgende analytisch erarbeitete und versionsmäßig aufgestellte Fakten ließen mit Wahrscheinlichkeit auf den "... " als Täter schließen:

a) "... " ist "... " wurde in diesem Zusammenhang in der Technik des Linolschnittverfahrens ausgebildet.

b) Er ist als "....." beauftragt und hat Zugang.

c) "... " war bereit bei "Wippe" verdächtig. Das ist operativ relevant, da die Inhalte der Flugblätter der Aktion "Wippe" und die der Hetzplakate ähnlich sind.

d) Ein Plakat wurde in der Nähe des Kombines NARVA angebracht, zu welchem "... " ebenfalls berufliche Verbindung hat.

e) Inoffiziell war bekannt, daß "... " im Auftrage der "Sektionsleitung" in die VR Polen gefahren war, um eine Grußadresse und Geldspende an Funktionäre von "Solidarnocz" zu übergeben. Diese Verbindung zu "Solidarnocz", ".....", würde wiederum auf die Inhalte der Flugblätter und Hetzplakate schließen lassen.

4.2. Die Erarbeitung der Gewißheit zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit eines "KPD"-Mitgliedes _____

Diese Erkenntnisse und Versionen, nach denen "... " als Täter in Frage kommt, führten am 10.10.1980 zu der Entscheidung, "... " festzunehmen. Die Festnahme erfolgte mit der Zielstellung, auf strafprozessual gegebenen Weg die erforderlichen Beweismittel zu erarbeiten und die Gewißheit zu erlangen, daß "... " Hersteller und Verbreiter der Plakate ist. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die aus der Beweislage resultierenden Versionen zwar Schlußfolgerungen auf "... " zuließen, aber bis zu diesem Zeitpunkt keine weiteren inoffiziellen oder offiziellen Beweismittel vorlagen. Der fortgeschrittene Stand der Vorgangsbearbeitung gestattete jedoch diesen Schritt auch unter dem Gesichtspunkt, daß "... " persönlichen Kontakt zu anderen "Sektions" - Mitgliedern hatte und gegebenenfalls die Festnahme ausschließlich als offensive Verunsicherungs- und Zersetzungsmaßnahme gegolten hätte. Darüber hinaus beweist die erfolgreiche strafrechtliche Überführung des "... " den qualitativ hohen Entwicklungsstand der Vorgangsbearbeitung als unabdingbare Voraussetzung für die Einbeziehung strafprozessualer Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Abteilung IX. Die Wohnungsdurchsuchung erbrachte als vorerst einziges, offizielles, materielles Beweismittel einen Stempelkasten mit gefertigtem Stempel und einen damit bedruckten Zettel mit der gleichen Losung, die durch die Hetzplakate verbreitet worden war. "... " dazu an, daß die bei der Wohnungsdurchsuchung festgestellten Materialien von einem Bekannten, den er namentlich nicht nennen wollte, bei ihm abgelegt wurden und er keine Kenntnis über den

Charakter dieser Gegenstände hatte. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, nachzuweisen, daß "... " tatsächlich die Linolschnitte, aus denen die Hetzplakate gefertigt wurden, in seiner Wohnung angefertigt hatte. Es wurden durch die operativen Mitarbeiter gedanklich alle einzelnen Arbeitsschritte rekapituliert, die bei der Fertigung welcher Linolschnitte erforderlich sind. Es wurden die Gegenstände in der Wohnung des "... " bestimmt, die er dafür benutzen bzw. auf denen er Materialien abgelegt oder aufbewahrt haben mußte. Durch operative Mitarbeiter und Spezialisten wurde die Wohnung des "... " nach diesen Gesichtspunkten nochmals untersucht und Spuren der Fertigung sowie Reste und Späne des Linolschnittes im Teppich, Ritzen usw. gefunden. Durch Spezialisten wurden die gefundenen Späne zusammengelebt und eindeutig in einen Gutachten nachgewiesen, daß die in der Wohnung des "... " gefundenen Späne aus dem für die Hetzplakate verwendeten Linolschnitt stammen. (Gutachten und Materialsammlung zur Linolschnittproblematik unter den Gesichtspunkt der kriminaltechnischen Untersuchungsmöglichkeiten liegen an der Hochschule vor) In den geschilderten Vorgehen wird deutlich, wie, aufbauend auf die Beweisführung in der Vergangenheit, Schlußfolgerungen und strafprozessual ausreichende Hinweise zum Täter und im Prozeß der unmittelbaren Konfrontation des Untersuchungsorgan mit den Verdächtigen unabdingbare Beweise zur Schuld und seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit erarbeitet wurden.

Mit dieser Aussage wird unmittelbar auf die zielgerichtete Suche nach Spuren und Beweismitteln zur Herstellung der Hetzplakate hingewiesen. Die gelungene Kombination von gedanklicher und praktischer

Rekonstruktion des vermuteten Herstellungsprozesses der Plakate und das Auffinden von Spuren, mit der Erstellung des wissenschaftlichen Gutachtens, ist nicht nur der erste gewichtige, rechtlich relevante Erfolg in der Vorgangsarbeit gewesen, sondern stellt eine Schlüsselrolle in der weiteren Beweisführung dar. Die demzufolge durch die operative Dienst Einheit und das Untersuchungsorgan erarbeitete eindeutige Beweislage zwang den "... " zum Geständnis, die Hetzplakate gefertigt und verbreitet zu haben. "... " aber keine - für ein weiteres offensives und offizielles Vorgehen gegen die "KPD" erforderliche - Angaben bezüglich seiner Zugehörigkeit und sonstigen Aktivitäten für die "Partei." Und dies auch nicht, obwohl in seiner Wohnung noch eine Pausvorlage mit der Aufschrift "KPD-Sektion DDR" gefunden wurde.

Aus dieser Sicht und um weitere Vorgehensweisen in der Vorgangsbearbeitung verständlich zu machen, noch zu einigen Beweisführungsmaßnahmen, die mit und zum "... " in enger Zusammenarbeit mit den Untersuchungsorgan realisiert wurden. "... " ist kurze Zeit nach der Inhaftierung (mit dem "... " zusammen) wieder freigelassen worden. Obwohl durch das Untersuchungsorgan mit recht davon ausgegangen wurde, daß "... " umfangreiches Wissen zu den Aktivitäten der "Sektion DDR" verfügt. Die Haftentlassung

sollte bewußt auch als humanitärer Akt des Sicherheitsorgans aufzeigen, daß die Wiederkehr aller Beteiligten zu gesellschaftsgerechtem Verhalten möglich ist. Da "... " keine Bereitschaft zeigte mitzuhelfen, weitere Straftaten aufzudecken, wurde sie zu einem späteren Zeitpunkt wiederum verhaftet, so daß sie annehmen mußte, " ... " hätte vollständig ausgesagt und sie mit belastet. " ... " war aus diesem Grund im umfassenden Maße geständig, machte Angaben zur Mitgliedschaft des " ... " in der "Partei" zu Verbindungspersonen, Aktivitäten und was besonders wichtig war, zu ideologischen Haltungen, Zielstellungen und Plattformen der "KPD".

Obwohl diese subjektiven Faktoren zur Genüge bekannt waren wurden sie jetzt erstmals zeugenschaftlich und offiziell dokumentiert. Die Aussagen der "... " reichten als Vorhalte gegenüber dem "... " aus, um ihn zu einem umfassenden Geständnis und Angaben zur "Partei" zu bewegen. (Selbst dabei sicherten sich "... " und " ... " noch ab. "... " rief, die " ... " auf dem Hof der Untersuchungshaft sehend, aus dem Fenster zu, ob sie wirklich ausgesagt habe. Erst als sie ihm das durch Zuruf bestätigte, sagte er aus). " ... " gestand "Wippe", machte umfangreiche Angaben zur Struktur und den Beitragszahlungen, dem Kandidaten- und Aufnahmeverfahren in die "Partei" sowie zu konspirativen Regeln ihrer Arbeit. Er benannte zwei bisher nicht bekannte "KPD"-Mitglieder aus den Bezirk Rostock, zeichnete Standorte von TBK auf und gab vier Aktionen der "KPD-Sektion DDR" in der Hauptstadt zu, an denen er beteiligt war. Wichtig für die Beweisführung im OV war noch, daß "....." weiteres bekanntes Mitglied namentlich mit strafrechtlich relevanten Handlungen belastete.

Zusammenfassend können die Ergebnisse der Maßnahmen zu aus beweismäßiger Sicht eingeschätzt werden:

1. Aufklärung von 6 Hetzaktionen in der Hauptstadt und darunter einige der öffentlichkeitswirksamsten.
2. Erstmalige offizielle Dokumentierung der strafrechtlich relevanten Machenschaften der "KPD-Sektion DDR" durch das Untersuchungsorgan.
3. Für nachfolgende strafprozessuale Maßnahmen des MfS sind offiziell verwertbare Beweismittel in Form von Zeugenaussagen gegen zwei bedeutame Akteure der "Sektion DDR" vorhanden.

5. Praktische Probleme der Vorbeugung und Schadensverhütung

Grundsätzlich wird in der Vorgangsarbeit ein einheitlicher Beweisführungsprozeß realisiert, der die Abschlußvariante oder das Teilergebnis zuläßt, welches die höchste gesellschaftliche Wirksamkeit, den größten politischen Nutzen und die geringsten schädlichen Auswirkungen der Feindtätigkeit zuläßt.

Die Zielstellung der Bearbeitung stellt dabei die Richtschnur der Beweisführung dar. Unter diesem Gesichtspunkt müssen eine Vielzahl von operativen Maßnahmen gesehen werden, die zersetzend, verunsichernd oder neutralisierend gewirkt haben. Dies aber nicht

als Notbehelf mangels ausreichender Beweismittel, sondern im Ergebnis der Beweisführungsmaßnahmen

5.1. Analyse der Beweislage vor der endgültigen Liquidierung der "Sektion DDR" _____

Unter dem Aspekt des Nachweises von strafrechtlich relevanten Handlungen wurde als wichtiger Maßnahmekomplex der Beweisführung das Zustandekommen bzw. die Beweisführung zur Inhaftierung des "... " und dazu parallel laufende operative Maßnahmen beschrieben. Ausgehend von der in diesem Zusammenhang erreichten Beweislage soll die Beweisführung bis zur Liquidierung der "Sektion DDR" im März 1981 analysiert werden. Die vorgangsbearbeitende Diensteinheit und alle mit ihr zusammenarbeitenden Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit hatten sich die Kampfaufgabe gestellt die vollständige Handlungsfähigkeit der "Sektion DDR" bis zum 1. April 1981 stattfindenden X. Parteitag der SED zu bewirken.

Koneptionelle Grundlage bildeten dafür die Materialien

* "Vorschlag für die Durchführung gezielter politisch-operativer und strafrechtlicher Maßnahmen zur wirksamen Unterbindung subversiver Aktivitäten der "KPD - Sektion DDR"

vom 12.03.1980' der Abteilung XXII

* "Vorschlag zur weiteren Unterbindung der Handlungsfähigkeit der "KPD -Sektion DDR"

vom 18.03.1981 der Abteilung XX der BV Berlin.

Für alle nachfolgenden politisch-operativen und strafrechtlichen Maßnahmen war die detaillierte und personenbezogene Auflistung aller beweiserheblichen Tatsachen und offiziell verwertbaren Beweismittel erforderlich.

Die Beweislage stellte sich wie folgt dar:

in der Wohnung des " ..." mit Gewißheit befindliche und vorfindbare materielle Beweismittel

. fertige und unfertige Artikel für die Hetzzeitschrift "Roter Morgen"

- Wanzensuchgerät

* diverse Hetzzeitschriften "Roter Morgen"

* und andere gedruckte Heizmaterialien

* Druckmatrizen, -farben, -stempel, -walzen

Und Druckstock

- in die Wohnung der "....." ausgelagerte

. aus der BRD stammende Technik

. Kodiergerät (Computer)

. Diktiergerät

- Untersuchungsbericht der Technischen Untersuchungsstelle des MfS zu seiner Urheberschaft handschriftlicher, zur Verbreitung gekommender Hetzschriften.

In der Wohnung des "... " befindliche materielle Beweismittel

. Hetzschriften

. Positionspapiere der "KPD-Sektion DDR"

. Vervielfältigungs- und Druckgeräte Zeugenaussagen des "... " aus dem Ermittlungsverfahren zum "... " zur Mittäterschaft des an Hetzschriftenverbreitungen

"....."

-Gutachten der Technischen Untersuchungsstelle des MfS zu seiner Urhebererschaft handschriftlich gefertigter Instruktionen an "... "

* Zeugenaussagen des "... " aus dem Ermittlungsverfahren zum "... " zur Mittäterschaft des "... " bei Hetzschriftenverbreitungen. In der Wohnung des "... " befindliche . komplette Druckerei

diverse Hetzzeitschriften "Roter Morgen" . Broschüren der "KPD" für Schulungszwecke

* selbstgefertigte Hetzzeitschriften

Inoffiziell war bekannt, daß "... " BRD-Kurieren umfangreiches Hetzmaterial erhalten hatte, welches in den nächsten Tagen an den Leiter der Rostocker Zelle Übergeben werden sollte.

Daraus folgt:

a) die Möglichkeit, "... " auf frischer Tat bei der Übergabe des Hetzmaterials festzunehmen und mitgetragene Beweismittel zu sichern,

b) die Beweismittel bei einer Wohnungsdurchsuchung vor Übergabe an die Rostocker Zelle sicherzustellen.

Zu "... " lagen umfangreiche inoffizielle Beweismittel vor, die jedoch strafprozessual noch nicht verwendbar gewesen waren. Daraus folgte die weitere operative Bearbeitung

der "... " über die Inhaftierung des Kerns der "Sektion DDR" hinaus, unter dem Gesichtspunkt der durch die anderen Ermittlungsverfahren zu erwartenden Belastungen.

("... " wurde im Mai 1981 inhaftiert).

Da eine Festnahme des "... " auf frischer Tat und die geplanten, darauf folgenden Einleitungen der Maßnahmen zu den anderen Personen nicht möglich war, wurden alle genannten Mitglieder der "Sektion DDR" am 20.03.1981 zugeführt und auf Grundlage der vorliegenden Beweismittel Ermittlungsverfahren mit Haft eingeleitet.

Die zum Teil langwierigen Vernehmungen erbrachten eine Vielzahl von weiteren offiziellen Beweismitteln in Form von Zeugenaussagen der Beschuldigten, in denen sie Straftaten zugaben und andere Sektionsmitglieder belasteten. Dieser Prozeß stellte eine sehr komplizierte Arbeit des Untersuchungsorgans dar, welches Geständnisse der Beschuldigten über die vorliegenden Beweismittel

hinaus, nur durch Vorhalte aus Aussagen anderer Beschuldigter und Gegenüberstellungen erreichte. Dabei war durch das Untersuchungsorgan auch zu berücksichtigen, daß das umfangreiche operativ erarbeitete Wissen und die inoffiziellen vorliegenden Beweismittel nur so Verwendung finden konnten, daß IM nicht gefährdet wurden.

Zur: Vorgehen beim erfolgreichen Quellenschutz sei noch ein Beispiel genannt: Der IM "Clemens" sollte offiziell durch das Untersuchungsorgan befragt werden, um Belastungen durch andere Personen zuvor zu kommen und ihn als Zeugen mit keiner strafrechtlich relevanten Tatbeteiligung erscheinen zu lassen. Es wurde eine Gegenüberstellung mit "... " durchgeführt, damit dieser den Glauben haben soll, sein Freund sei in die Untersuchungsmaßnahmen mit einbezogen. "Clemens" trug in einem Netz Zahnbürste, Seife, Schlafanzug usw. mit sich, woraus "... " Schlußfolgerte, daß "Clemens" auch inhaftiert wurde oder wird. "... " beruhigte daraufhin "Clemens" nachdrücklich und versicherte, daß er nicht einsitzen muß, weil er ihn entlastet habe. "... " verhielt sich bei allen weiteren Vernehmungen auch so und verzeichnete es als seinen Erfolg, daß "Clemens" nicht inhaftiert wurde.

5.2. Maßnahmen zur Verunsicherung und Zersetzung

Zur Liquidierung der "Sektion DDR" wurden im Verlauf der operativen Bearbeitung stets nach Wegen gesucht und Voraussetzungen geschaffen, um die "Partei" zu zersetzen, die Akteure gegeneinander auszuspielen, Unruhe und Verunsicherung zu schaffen. Zweifellos war mit der Inhaftierung "... " ein Lähmungseffekt eingetreten. Unsicherheit, nicht wissen, wie dicht das MfS an der "Sektion" dran ist, gegenseitiges Mißtrauen, Streit und Meinungsverschiedenheiten bestimmten in stärkerem Maße das "innerparteiliche" Leben und schränkten die Aktivitäten und Handlungsfähigkeit ein. Hinzu kamen offensive Maßnahmen zu "... " und "... " die bis zu dem Zeitpunkt der Inhaftierung "... " spürbare Wirkungen innerhalb der Sektion hinterließen.

"..." wurde bereits Anfang 1980 zum Untersuchungsorgan vorgeladen und ohne weitere Kommentare schriftlich zum gesellschaftsgerechten Verhalten belehrt und verpflichtet. Er mußte gegenüber den anderen Sektionsmitgliedern Erklärungen abgeben, wieso er in das Blickfeld des MfS bzw. der Sicherheitsorgane geraten ist. Bei "... " bot sich sein eigener Verstoß gegen ihre konspirativen Regeln an, um ihn und "....." zum Untersuchungsorgan vorzuladen. (Gesonderter Maßnahmeplan, in welchem detailliert alle Eventualitäten des Vorgehens mit entsprechenden Varianten aufgeschlüsselt waren) "... " vorgehalten, daß er gegenüber dritten Personen angegeben hatte, Funktionär der "KPD" zu sein. Entgegen "... " der jegliche eigene Aktivitäten und die Existenz von Kräften der "KPD" in der DDR abstritt, teilweise Aktivitäten im Sinne der "KPD"

zu und belastete auch diesbezüglich Da die

wurde sie auf Kontakt gehalten, um die Belastungen zu verdichten. "....." informierte jedoch umgehend die "Sektionsleitung", welche in starkem Maße in Unruhe verfiel und Sicherheitsvorkehrungen traf (Sichttreffs mit vereinbarten Erkennungszeichen, die weitere Gefahr signalisieren sollten).

Obwohl keine strafrechtlichen Ergebnisse erzielt werden konnten, hatten die Maßnahmen "....." folgende Wirkung erzielt: eine starke Unsicherheit erfaßte die Sektion, Verbreitungen von Hetzmaterialien würden völlig eingestellt.

2. Die Aussagen der "....." stellten, wenn erforderlich, offizielle Ansatzpunkte für das MfS für ein weiteres zielgerichtetes Vorgehen dar.

3. Der Kontakt zur "...." aufrecht gehalten, obwohl das MfS über ihre Dekonspiration informiert war. Dadurch war ein Informationskanal in die Sektion geschaffen worden, der für gezielte Informationen und Desinformationen genutzt werden konnte. Weitere Anknüpfungspunkte für die Abtrennung einzelner und die Zersetzung bzw. Verunsicherung der Sektion waren im Sinne der Zielstellung eines Maßnahmeplanes zum OV gegeben, in dem es heißt " ... Es wird darauf ankommen, erkannte Einzelpersonen bzw. Zellen nach und nach zur Handlungsunfähigkeit im Sinne der "KPD" zu führen, solange es politisch unzweckmäßig ist, gegen die "Partei" insgesamt vorzugehen."

Zur Problematik der Zerschlagung der "Sektion DDR" unter dem Gesichtspunkt Zersetzung und/oder Liquidierung durch Inhaftierung noch einige Gedanken. Im Verlauf der Bearbeitung hat es dem jeweiligen Erkenntnistand und der konkreten

gesellschaftspolitischen Lage zufolge unterschiedliche Ansichten zur Zweckmäßigkeit und Wertigkeit der jeweils möglichen Variante zur Zerschlagung gegeben. Die OV-Arbeit hat gezeigt und läßt eine Verallgemeinerung für andere operative Materialien zu:

- In der OV-Arbeit ist grundsätzlich von Beginn an eine Beweisführung zu realisieren, die sowohl Zersetzungsmaßnahmen als auch ein strafrechtliches Ahnden der Straftaten ermöglicht.
- Zersetzungsmaßnahmen können auch nur dann erfolgreich realisiert werden, wenn beweiskräftige Informationen und Materialien vorliegen, die ein offensives und offizielles Vorgehen des MfS gewährleisten.

- Die Liquidierung der "Sektion DDR" ist unter beiden Gesichtspunkten erfolgreich durchgeführt worden

a) Zersetzung und Verunsicherung, die zur Lähmung der Wirksamkeit und Aktivitäten führte

b) Inhaftierung eines Teils der Feinde und Schaffung der Handlungsunfähigkeit und organisatorischen sowie strukturellen Auflösung der nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogenen Feinde

c) Schaffung von Voraussetzungen, daß zu keinem späteren Zeitpunkt eine Neuformierung der feindlichen Kräfte möglich ist.

5.3. Neutralisierung von feindlichen Vorhaben, Plänen und Absichten

Es soll nur methodisch eine Trennung von Maßnahmen zur Verunsicherung und Zersetzung einerseits und andererseits Maßnahmen zur Neutralisierung feindlicher Aktivitäten erfolgen.

Unter dem Gesichtspunkt der Vorbeugung und Schadensverhütung gehen diese Faktoren eng ineinander über. Deutlich wurde das zum Beispiel bei Verunsicherungsmaßnahmen Neutralisierung und zwangsweisen Inaktivität geführt haben.

Verunsicherungs- und Zersetzungsmaßnahmen führen größtenteils zur Lähmung, Einschränkung von Aktivitäten, eventuell auch zur Vernichtung gefertigten Hetzmaterials.

Hervorgehoben unter dem Aspekt der Neutralisierung soll zu der Arbeit mit IM in fiktiven Zellen Stellung genommen werden.

Die Existenz sogenannter Pseudo- oder fiktiver Zellen muß ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der

- a) Notwendigkeit des inoffiziellen Eindringens in die Zentren der Feindtätigkeit und personellen Stützpunkte der Feinde in der DDR
- b) Aufklärung der Organisatoren, Inspiratoren, Hersteller und

Verbreiter von Hetzmaterialien

- c) Aufklärung der Verbindungs-, Kurier- und Instrukteurwege aus und in das Operationsgebiet Neutralisierung feindlicher Aktivitäten und Unterbindung deren Wirksamkeit auf dem Territorium der DDR

d) Erarbeitung von Informationen zu Zielen, Plänen und Absichten der Feinde zu deren vorbeugenden Verhinderung

f) Identifizierung bestehender und neuer feindlicher Kräfte

g) Entlarvung bzw. des Erkennens von Arbeitsmethoden und dem konspirativen Vorgehen des Feindes und somit also des Nachweises und der Beweisführung zur Feindtätigkeit und strafrechtlich relevanten Handelns betrachtet werden. Im Sachstandsbericht zum OV vom 18.06.1980 werden Gründe für den Rückgang der Verteilungsaktionen, also dem Rückgang der öffentlichkeitswirksamen Gesellschaftsgefährlichkeit der Feindaktivitäten genannt.

Darin heißt es

"... dem MfS werden in ständig wachsendem Maße größere Stückzahlen (von Hetzmaterialien) über inoffizielle Positionen zugänglich gemacht und damit der Verteilung entzogen ...".

Fanden bis zum 30.11.1979 noch 547 Verteilungsaktionen statt, waren es ebend durch genannten Umstand von November 1979 bis Juni 1980 nur noch 89 Verteilungsaktionen.

Des weiteren schränkte die Leitung der "Sektion DDR" ihre Verbreitungsaktivitäten ein, um sich auf die Ausweitung des Mitglieder- und Kandidaten- bzw. Sympathisantenkreises konzentrieren zu können. Diese angestrebte Zielstellung der personellen Ausdehnung wurde ebenfalls durch in das Blickfeld gebrachte IM und fiktive Zellen neutralisiert. Sie wurden überwiegend in die Übernahme und Verbreitung von Hetzmaterialien einbezogen.

Damit wurde die durch die Leitung der Sektion ausgearbeiteten und hergestellten feindlichen Hetzschriften weitestgehend der Verbreitung entzogen und die feindlichen Aktivitäten unwirksam gemacht.

Neben dem dargelegten unmittelbaren operativen Nutzen der fiktiven Zellen für und während der unmittelbaren operativen Bearbeitung und Beweisführung zeigte sich im Zusammenhang mit der Zerschlagung der "Sektion DDR" eine weiterreichende operative Bedeutung ihrer besonderen Stellung im System der feindlichen Strukturen. Die fiktive Zelle "Trabant" brauchte rechtlich nicht in die Maßnahmen des Untersuchungsorgans mit einbezogen werden.

- Die inhaftierten Feinde erwähnten selbständig nicht die Existenz weiterer, von ihnen relativ unabhängig fungierender Zellen und belasteten somit die IM nicht, auch in der Hoffnung, daß eine Weiterführung der Feindtätigkeit gewährleistet ist.

- Die IM in den Zellen deckten fast vollständig den Informationsbedarf über die Reaktionen und weiteren Verhaltenslinien aus dem Operationsgebiet nach der Zerschlagung ab.

- Von der Zentrale initiierte Wiederbelebungs- und Reorganisationsbemühungen wurden weitestgehend rechtzeitig erkannt und neutralisiert.

- Versuche der inneren Feinde, strafrechtlich nicht Belangter oder wieder aus der Haft Entlassener, sich neu zu formieren, wurden ebenfalls über diesen Weg rechtzeitig unterbunden bzw. unter operativer Kontrolle gehalten.

Die beschriebene Art der inoffiziellen Arbeit trug selbstverständlich im engen Zusammenhang mit der komplexen Vorgangsbearbeitung mit dazu bei, daß eine feste Organisation der Zusammenarbeit der Zellen und der Übergang zu massiven und abgestimmten feindlichen Handeln, in Form einer einheitlichen Ausrichtung der Kräfte auf spektakuläre Grundpositionen der staatlichen Ordnung und Sicherheit oder ihre Autorität angreifend, in starkem Maße eingeschränkt bzw. sogar verhindert wurden. Die starke inoffizielle Basis unterwanderte die feindlichen personellen Stützpunkte, störte ihr Verbindungssystem, desinformierte und kontrollierte weitestgehend den aktuellen Stand und die Lage unter den feindlichen Kräften.

5.4. Einige Aspekte zur Einschätzung der Wirksamkeit der Zerschlagung der "KPD-Sektion DDR" _____

Die Wirksamkeit der Zerschlagung der "Sektion DDR" soll aus der Sicht der Reaktionen der Feinde aus dem Operationsgebiet und der Einschränkung der Handlungsfähigkeit und politisch-ideologischen Wirksamkeit der "KPD"-Zentrale in der BRD dargelegt werden. Eine selbständige Arbeit der Sektion in der DDR war nicht mehr gegeben. Die inneren Feinde waren entweder inhaftiert, sehr stark verunsichert oder zerstritten. Diese offizielle Loslösung der "Sektion DDR" war das offensichtliche Eingeständnis der Feindorganisation, keine Aktivitäten mehr auf diese Art und Weise gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR realisieren zu können.

Als wesentlicher Effekt der politisch-operativen Arbeit, die Feinde in ihrer Wurzel zu treffen, den Kampf gegen die Zentralen, Organisatoren und Inspiratoren sowie Hintermänner zu führen, hatte die Zerschlagung der "Sektion DDR" eine stark beschleunigende Wirkung auf den Mitgliederschwund und die politische Neutralisierung der "KPD" als Feindorganisation. Es gab große Differenzen im "ZK" der Partei über das Zustandekommen und die Fähigkeit der Sicherheitsorgane der DDR, derart wirksam vorgehen zu können. Die auf höchster Ebene vorgetragene Streitgespräche führten zur Nichtwiederwahl des damaligen Vorsitzenden und einschlägig bekannten Renegaten AUST. Die Basis der Partei in der BRD hatte kein Vertrauen mehr in die Führung und sah die Verräter in den Spitzengremien. Sie gingen davon aus, daß solch ein Schlag gegen die Partei nur durch Führungskräfte hervorgerufen oder begünstigt werden konnte. AUST setzte sich mit einer Gruppe Getreuer ab und spaltete so seinerseits ebenfalls die Partei. Kräfte der Partei wanderten zu anderen politischen Strömungen ab. Die Instrukteure und Kurier der "KPD"-Zentrale waren ehrenamtliche Kräfte, die ihre Reisen in die DDR hauptsächlich wegen verwandtschaftlicher Beziehungen durchgeführt hatten und somit die Feindschaft auch abdecken konnten. Die zu ihnen erwirkten Einreisesperren verärgerten die demzufolge - persönlich treffend - sehr und bewirkte eine weitere Forcierung der Unstimmigkeiten, Beschuldigungen zu Schuldfragen, Verunsicherungen und innerparteiliche Zerwürfnisse, von denen sich die Feindorganisation nie richtig erholt hat.

Begünstigend für diese Entwicklung war, daß sich zu diesem Zeitpunkt die "Grünen" in der BRD weiter profilieren konnten und allen verärgerten "KPD"-Mitgliedern eine sofortige Alternative für die Betätigung boten. Der allgemeine politische Trend, der auch unabhängig von den Zerschlagungsmaßnahmen des MfS zur "KPD"-Sektion DDR" ablief, ist im unmittelbaren Zusammenhang mit den direkten Auswirkungen der Zerschlagungsmaßnahmen zu sehen.

6. Zu einigen Leitungsfragen und der politisch-ideologischen Arbeit im Kollektiv der bearbeitenden Dienstleistung, die im mittelbaren Zusammenhang mit der erfolgreichen Bearbeitung des OV stehen. Die Bearbeitung des OV hatte stets aus operativer, politisch-ideologischer sowie innerparteilicher Sicht eine enge Bezogenheit zur Grundpolitik unserer Partei und Regierung, zu den Grundsätzen, die für die untrennbare Einheit von politisch-ideologischer und operativer Arbeit im MfS gelten.

So wurde aus der operativen Sicht stets davon ausgegangen,

a) die Feinde kompromißlos zu entlarven und zu bekämpfen, jegliche Feindaktivitäten zu unterbinden und

b) aber auch allen bearbeiteten Personen, die dazu bereit sind, den Weg der gesellschaftlichen Rehabilitierung, der Wiedergutmachung offen zu halten und zu ermöglichen.

Davon zeugen insbesondere die sehr differenziert durchgeführten Maßnahmen zu ".....", ".....", "....." und "....."

Die untrennbare Einheit von politischer und operativer Arbeit im MfS kennzeichnete selbstverständlich in starkem Maße die Parteiarbeit im Kollektiv der bearbeitenden Dienstseinheit. In Parteiveranstaltungen wurde neben der ständigen fachlichen Auswertung des Standes der Bearbeitung, Beratungen zu ideologischen Fragen des Linksextremismus in der Vergangenheit und Gegenwart durchgeführt. Man setzte sich mit Argumentationen dieser revisionistischen Strömung auseinander und formte somit auch die ideologische Klarheit und Standhaftigkeit der Mitarbeiter. Obwohl es keine grundlegenden Unklarheiten diesbezüglich unter ihnen gab, war es jedoch auch erforderlich, in der Parteiarbeit solche Fragen zu diskutieren wie

- die sozialistische Gesellschaft bekämpft nicht Linke, sondern solche Kräfte, die sich dafür ausgeben;
- die Nutzung von traditionell revolutionären Symbolen und Begriffen durch die Feinde wie Hammer und Sichel, KPD, Roter Morgen usw.

Damit mußte man sich insbesondere zu der Zeit intensiver auseinandersetzen, als der Feind mit seinen wahren ideologischen Haltungen, Plattformen und Zielstellungen noch nicht vollständig erkannt war.

Die Parteiarbeit hatte auch einen wesentlichen Anteil an der Qualifizierung der ideologischen Arbeit mit den IM. Zum Beispiel mußten die operativen Mitarbeiter mit dem IM "Clemens", der enge freundschaftliche Beziehungen zum "... ." unterhielt, andere ideologische Arbeit, aufwendigere und intensivere ideologische Schulungen durchführen als mit dem in der inoffiziellen Arbeit gestählten und kampferprobten IM "Kern". "Kern" sah von Beginn an in den Sektionsmitgliedern Feinde der DDR. "Clemens" war zu überzeugen, daß benutzte demagogische Titel und Losungen von wahren Absichten und konterrevolutionären Zielen zu trennen sind. Sich diese Zusammenhänge und Erfordernisse für die IM-Arbeit zu verdeutlichen, gewinnt auch dadurch an Bedeutung, da "Clemens" - wie alle anderen IM in allen anderen Vorgängen - den weitaus größten Teil seiner Freizeit mit den Feinden verbrachte und nur wenige Stunden für die ideologische Kleinarbeit der operativen Mitarbeiter zur Verfügung standen. Das erfordert als allgemeingültige Erkenntnis für alle IM-führenden Mitarbeiter, das Vorgehen bei der ideologischen Erziehung und Befähigung der IM exakt und auf den ideologischen Gehalt des zu bearbeitenden Materials bezogen, zu bestimmen.

Formale Schulungstreffs waren beim IM "Clemens" unwirksam gewesen. Ideologische Haltungen und Einstellungen können dem IM nicht `eingetrichtert` werden, sie müssen in der operativen Arbeit, anhand des operativen Materials, für den IM erlebbar und ihn persönlich berührend, vermittelt werden.

"Clemens" verstand so zum Beispiel lange Zeit nicht, warum das MfS "Kommunisten" bearbeitet und "revolutionäre" Strömungen bekämpft. Leichtfertigkeit darf aber auch nicht bei solch einem IM auftreten,

der, wie der IM "Trabant", mehr oder weniger aus Abenteuerlust die operativen Prozesse bewältigte.

In konzentrierter Form lagen bei den IM drei völlig unterschiedliche Motive und Einstellungen zur operativen Arbeit vor. Die bei allen vorhandene Zuverlässigkeit kann bei ungenügender Berücksichtigung ihrer Motivlage, bei der Kompliziertheit des Materials, schnell in das Gegenteil umschlagen.

Das verdeutlichen die Anforderungen an den operativen Mitarbeiter:

- Führung des politisch bewußten Überzeugten Kommunisten ("Kern")
- politisch-ideologische Arbeit mit dem "Freund" der Feinde ("Clemens")
- politische Motive wecken bei dem Abenteurer ("Trabant").

Die Bildung einer Vorgangsarbeitsgruppe, die zeitweilig die Stärke von 1:6 Genossen und 1 HIM hatte, bewährte sich von Beginn der Bearbeitung an. Der Leiter der Arbeitsgruppe war dem stellvertretenden Leiter der Abteilung direkt unterstellt. Kurze, effektive und wirksame Leitungswege machten die Bearbeitung des OV objektiv erforderlich. In entscheidenden Stadien der OV-Bearbeitung wurden Entscheidungen direkt vom Leiter der BV bzw. dem Genossen Minister getroffen bzw. diesem unmittelbar zugearbeitet. Vom Arbeitsgegenstand her erfolgte eine Zusammenarbeit der vorgangsführenden Arbeitsgruppe der Abteilung XX der BV Berlin mit der Abteilung 22 des MfS. Für die unmittelbare operative Bearbeitung war wesentlich, die gute Zusammenarbeit mit den Abteilungen IX und VIII der BV Berlin sowie mit den Abteilungen 26 und 32 des MfS.

Besonders hervorzuheben ist die sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der HVA/2 mit den vorgangsführenden Genossen der Abteilung XX der BV Berlin. Ohne die vorbehaltlose und uneigennützigere Bereitstellung von Erkenntnissen der HVA/2 wäre dem komplizierten Charakter des Materials und Zusammenspiels innerer und äußerer Feinde entsprechend nicht die erfolgreiche Feindbekämpfung möglich gewesen.

Dieser Umstand sei besonders und verallgemeinerungswürdig hervorgehoben, da folgende tschekistische Haltungen Grundvoraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit im MfS sind: Die HVA/2 hat ein hervorragendes Abwehrdenken und Einfühlungsvermögen für die operativen Prozesse der Abteilung XX der BV Berlin gezeigt, welches von dieser wiederum mit allen Konsequenzen für den Quellenschutz und die eigentlichen Aufgaben der HVA umgesetzt wurde.

7. Schlußbemerkungen

Anhand der erfolgten konkreten Aussagen zu den Vorgehensweisen und Maßnahmen im Beweisführungsprozeß wurde bereits zu besonders hervorzuhebenden und verallgemeinerungswürdigen Schlußfolgerungen Stellung bezogen. Aus der Analyse des untersuchten operativen Materials, unter dem Gesichtspunkt der Beweisführung, sind solche Erkenntnisse gewonnen worden, die die praktischen Erfahrungen in

der operativen - Arbeit des MfS und stets wirksamen operativen Grundprozesse bestätigen. Also mit Nachdruck unterstreichen, welche Grundorientierungen sowie Befehle und Weisungen zum tschechistischen Handwerk die erfolgreiche Feindbekämpfung gewährleisten. Zweifellos ist solch eine Grundanforderung an die operative Arbeit der qualifizierte IM-Einsatz. Aus den anfänglichen Mißerfolgen, dem Nachjagen des Feindes durch die Versuche, aus der Vorkommisuntersuchung auf ihn zu stoßen, wurde eine planmäßige operative Bearbeitung mit zielgerichtetem IM-Einsatz und inoffizieller Präsenz unter den feindlichen Kräften. Das stellt jedoch immer wieder neu hohe Anforderungen an die richtige Dislozierung, Auftragserteilung und Instruierung, politisch-ideologischen und fachlichen Erziehung, Berichterstattung und Kontrolle der IM. Die Gewährleistung der Sicherheit der IM, ihre Herauslösung bereits in der laufenden Vorgangsarbeit, Fragen der Einführung und ihrer möglichen Tatbeteiligung müssen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des operativen Mitarbeiters stehen. Ebenso ist die Schaffung einer möglichst offiziellen und stabilen Beweislage bereits während der operativen Bearbeitung, vor dem Einsatz und für die Gewährleistung strafprozessualer Zwangsmaßnahmen ein Schlüsselproblem der qualifizierten Beweisführung.

Aus diesem Grund wird in der Anlage 4 auf einige, auf das untersuchte operative Material bezogene Möglichkeiten und Wege der Offizialisierung inoffiziell vorliegender Beweismittel hingewiesen. Bewährt haben sich ebenfalls die Maßnahmen der Differenzierung unter dem bearbeiteten Personenkreis unter den Gesichtspunkten

- Ansatzpunkte für vorbeugende, schadensverhütende Arbeit zu finden,
- Maßnahmen der Zersetzung und Neutralisierung feindlicher Pläne und Absichten zu realisieren,
- Tatbeteiligung und Bedeutung einer Person im System der Feindschaft herauszuarbeiten.

Von besonderer Bedeutung sind die Vorgehensweisen in der Beweisführung und daraus gewonnene Erkenntnisse, die über die Beherrschung der operativen Grundprozesse hinaus ausschlaggebend für die erfolgreiche Feindbekämpfung waren. Einen zentralen Platz diesbezüglich nimmt der "Rahmenplan der Beweisführung zum OV" ein. In ihm ist konzeptionell eindeutig das Vorgehen für die Beweisführung bestimmt. Er legt den Weg der zielgerichteten operativen Bearbeitung der Feinde fest und definiert, ausgehend von der Zielstellung der Bearbeitung, zu jeder einzelnen Person die operativ und rechtlich relevanten Handlungen und Aktivitäten, die nachzuweisen sind. Die daraus folgenden operativen Maßnahmen sind wiederum detailliert auf einzelne nachzuweisende Handlungen zugeschnitten. Mit seiner Zielstellung formuliert der Rahmenplan das operative Element der Beweisführung, welches die Notwendigkeit der Erarbeitung der Gewißheit über die Zugehörigkeit von Personen zu den Feindkräften in den Vordergrund hebt.

Der Rahmenplan der Beweisführung beinhaltet die exakte Bestimmung der Wertigkeit und Reihenfolge der einzelnen zum Einsatz kommenden operativen oder operativ-technischen Mittel und Methoden und gewährleistet somit, daß die effektivsten und auch wirklich nutzbringenden Mittel zum Einsatz kommen. In genannter Hinsicht sollte dieser Rahmenoperativplan beispielgebend für ähnlich gelagerte operative Prozesse sein. Seine Analyse hat gerade unter dem Aspekt des Verhältnisses Einsatz von IM und anderer operativer Maßnahmen aufgezeigt, daß trotz der zweifelsfrei besonderen Bedeutung der IM im tschekistischen Kampf, im konkreten operativen Sachstand starke Verschiebungen zugunsten anderer operativer Maßnahmen wie konspirative Wohnungsdurchsuchung, 26-B/A-Maßnahme, Beobachtung, Fahndung erfolgen können und das durch sie erzielte Informationsaufkommen höher ist.

Insbesondere dann, wenn, wie im vorliegenden Material, die Beweisführung in Abhängigkeit zu einem sich bewußt tarnenden, konspirativ arbeitenden Gegner zu erfolgen hat.

Kräfte des politischen Untergrundes (im weitesten Sinne) und andere gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR auf die unterschiedlichste Art und Weise vorgehende Personen handeln in immer stärkerem Maße unter Nutzung getarnter, verdeckter und konspirativer Arbeitsweisen.

Die analysierten und aufgezeigten

- Strukturen, Organisationsformen
- Leitungspyramiden und -formen
- Verbindungsarten und -wesen
- Abschirmungen gegen Maßnahmen der Sicherheitsorgane
- Nutzung kriminalistischer und kriminaltechnischer Kenntnisse und deren aktives Verwenden

- Vorgehensweisen bei öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten sind erwiesenermaßen in Anfängen oder Abwandlungen bei ähnlichen oder anderen feindlichen Kräften festzustellen. Die Berücksichtigung dessen von Beginn der Bearbeitung an und die zielgerichtete Suche nach Merkmalen dieses Vorgehens erleichtert bzw. ermöglicht erst die Aufdeckung und Bekämpfung des Feindes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Kräfte des politischen Untergrundes durchaus - und das entspricht ihren angestrebten Zielen und Wirkungen - offiziell gegenüber staatlichen Organen und Einrichtungen auftreten (Eingabenmißbrauch, Mißbrauch der sozialistischen Demokratie und Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen, Mißbrauch der Kirche, des Umweltschutzes und der Friedensbewegung. Neben dem dadurch objektiv möglichen Erkennen oder Vermuten dieser Kräfte sind jedoch deren Verbindungen, Inspiratoren und Hintermänner bzw. deren Aktivitäten bis zum öffentlichen Inerscheintreten oftmals getarnt.

Der vorbeugende Aspekt der politisch-operativen Arbeit verlangt, gerade in dem Stadium der (geheimgehaltenen) Vorbereitungen, diese Kräfte unschädlich zu machen. Die Beweisführung im analysierten Material hat zweifelsfrei und im umfassenden Maße das direkte und praktische Zusammenspiel der inneren und äußeren Feinde aufgezeigt.

Organisierend und inspirierend sowie auch durch die Bereitstellung umfangreicher materieller Mittel.

Es kann die Aussage getroffen werden, daß keine inneren Feinde in der DDR, die der politischen Untergrundtätigkeit zuzuordnen sind, existieren, die nicht in einschlägiger Verbindung zu Personen und Institutionen aus dem Operationsgebiet stehen. Diese Verbindungen und äußeren Feinde beweiskräftig aufzudecken, muß im Mittelpunkt jeder Beweisführungstätigkeit stehen. Dabei kann und muß im gegebenen Fall die Suche der inneren Feinde über die Verfolgung der Ziele, Absichten und Machenschaften der äußeren Feinde erfolgen.

Quellen - und Literaturverzeichnis

Lehrmaterial zur OV-Bearbeitung VVS JHS 190/85

1. Richtlinie 1/76
2. Richtlinie 1/79
3. -OV "Stachel", XV 1860/80
4. -OV "Boa", XV 6895/81
5. -OV "Julia", XV 1053/81
6. -OPK "Lux",
7. -OPK "Löwe"

Konsultationen:	OSL Zeiseweise	Stell. Operativ
		BV Berlin
OLS Krieger		JHS Lehrstuhl I
Major Bilz		AG 22 BV Berlin
Hptm. Brehmer		AG 22 BV Berlin

Erklärung

"Hiermit erkläre ich, daß die vorliegende Diplomarbeit selbständig verfaßt wurde und nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt wurden."
Unterschrift

Anlage 1

Charakterisierung der "KPD" sowie der Entstehung der "Sektion DDR" 1968 wurde in der BRD die Feindorganisation KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten) als Sammelbecken linksextremistischer, maoistischer Kräfte der BRD und Berlin (West) gegründet. Die politisch-ideologische Plattform dieser Kräfte war bis 1978 ein prochinesischer und proalbanischer Kurs, mit dem Bruch der Beziehungen zwischen der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens eine Abwendung vom Maoismus und völlige Unterordnung unter die Politik der Partei der Arbeit Albaniens.

1980 änderte die "Partei" ihre Bezeichnung in "KPD", um in demagogischer Absicht als legitime und einzige Erbin und Fortsetzerin der revolutionären Traditionen der Thälmannschen KPD gelten zu können.

Programmatisch steht die "KPD" auf unverrückbarem und konsequenten antisowjetischen und DDR-feindlichen Positionen, die Länder des realen Sozialismus werden mit dem imperialistischen

Herrschaftssystem gleichgestellt. In einer "gewaltsamen sozialistischen Revolution" soll die "kapitalistische Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland zerschlagen" und die "Diktatur des Proletariats" erreicht werden. Eindeutig richtet diese "Partei" ihre Hauptanstrengungen auf die subversive, antisozialistische Einflußnahme gegen die DDR und stellt sich somit, bei Entlarvung aller demagogischer Phrasen, als Handlanger des westdeutschen Imperialismus dar.

Anfang der 70`er Jahre befanden sich in einer Berliner Erweiterten Oberschule Jugendliche FDJ-ler, die auf Grund des ihrer Meinung nach ungenügenden oder sie ideologisch nicht befriedigenden politischen Geaprüches an der Schule eigene Diskussionsgruppen zu politischen Tagesfragen bildeten. Motiv für die alternative Diskussion war bereits ein anderes Herangehen an die Klärung klassenmäßiger Positionen. Bereits vom Grundgedanken her linksextremistisch, aber aus ihrer Sicht nicht so benannt oder bewußt erlebt, wichen sie hinsichtlich der Lösung und Klärung strategischer Fragen der sozialistischen Revolutionen von Lehrmeinungen ab. Es wurde diskutiert, was gut und was schlecht sei in unserer Gesellschaft, wobei offensichtlich die Mängeldiskussionen überwogen und ihr weiteres politisch-ideologisches Handeln bzw. Haltungen und Denken beeinflussten. Über das Studium verlor man sich personell, führte aber in seiner Studieneinrichtung bzw. seinen späteren Kollektiven derartige Gespräche und Diskussionsgruppen weiter. Neben neu hinzugekommenen Personen hielt ein Personenkreis aus der EOS in der folgenden Zeit, in relativ loser Form, den Kontakt untereinander als ein sich selbst bezeichnenden "Zirkel zum Studium des Marxismus-Leninismus". Dieser Zirkel bildete sich ca. Mitte der 70'er Jahre heraus. Dieser Zirkel bzw. der personelle Kern des Zirkels kann als Vorläufer der Leitung der "Sektion DDR" der "KPD" angesehen werden.

Obwohl noch eine relative Fluktuation und keine Abschirmung bzw. konspirative Verhaltensregeln zu verzeichnen waren, suchten die Aktivsten unter diesem Personenkreis nach eigenen ideologischen Plattformen und einem organisatorischen Aufbau. Ausdruck dessen ist, daß eine selbständige, linksextremistischen Charakter tragende Partei gegründet werden sollte. Nach eigenen Überlegungen zufolge war dazu jedoch keine ausreichende ideologische und materielle Basis vorhanden. Da relativ eingegrenzte eigene Vorstellungen in dieser Hinsicht nicht realisiert werden konnten, suchte man nach anderen existierenden politisch-ideologischen Strömungen bzw. Organisationen, die ihren eigenen Ansichten am Nächsten lagen und denen sie sich anschließen konnten.

Durch in unterschiedlicher Art existierenden persönlichen Kontakten wurde dieser Personenkreis auf die bestehende und in der BRD/Dortmund ihren Sitz habende damalige "KPD/ML" aufmerksam. Man sah in ihr den noch am akzeptabelsten Partner zur Verfechtung ihrer ideologischen Anschauungen. Parallel zu der Kontaktaufnahme, der zum damaligen Zeitpunkt zumindest ideologischen Feinde in der DDR zu den äußeren Feinden, sah die im Grunde konterrevolutionäre

"KPD/ML" Möglichkeiten, auf diesem Weg ihre subversiven Aktivitäten gegen die DDR forcieren und mittels direkter feindlicher personeller Stützpunkte in der DDR ihre programmatischen Zielstellungen zur Bekämpfung des realen Sozialismus in der DDR zu planen und durchzuführen.

Die "KPD/ML" erhielt somit die Möglichkeit und stieß auf das unmittelbare Interesse dieses Personenkreises in der DDR, eine weitere Sektion ihrer Partei direkt in der DDR bilden zu können. So wurde im beschriebenen Zusammenspiel der inneren und äußeren Feinde 1976 die "KPD-Sektion DDR" gebildet, deren Leitung und Mitglieder der genannte Personenkreis aus der DDR war.

Die "Sektion DDR" bzw. deren Leitung wurde direkt vom "Zentralkomitee" der "KPD/ML" in Dortmund abgeleitet, instruiert, mittels Kurieren im weiteren Verlauf mit Materialien versorgt. Sie war ihr direkt unterstellt.

Aufgrund der feindlichen Aktionen der "KPD" seit Anfang der 70'er Jahre gegen und in der DDR existierten in der DDR bereits vor Sektionsgründung feindliche personelle Stützpunkte, die einzeln und direkt von der BRD bzw. Berlin (West) aus angeleitet wurden und Verbreitungsaktionen von Hetzmaterialien in der DDR realisierten. Im späteren kam es zu Differenzen zwischen der "Sektion DDR" und der Zentrale in der DDR, weil die Zentrale anstrebte, diese bereits existierenden Personen bzw. Zellen in der DDR unmittelbar der "Sektion DDR" anzugliedern. Die Leitung der "Sektion DDR" war zwar für konkretere und handhabbare Strukturen, lehnte dies jedoch aus Sicherheitsgründen über lange Zeit ab.

Die "Sektion DDR" unterstand zwar direkt dem "ZK" in Dortmund, wurde jedoch aus praktischen Erwägungen kurier- und instrukturenmäßig über die Sektion Berlin (West) geführt. Die Verbindung zwischen der BRD bzw. Berlin (West) und der Leitung der "Sektion DDR" wurde über Kurier, Instruktoren und den Aufbau und die Existenz von TBK gehalten.

Mittels dieser Verbindungswege brachte die "Sektion DDR" bzw. deren Leitung aus der DDR Manuskripte für Hetzschriften in die BRD. Dort wurden daraus Hetzzeitschriften und andere Hetzmaterialien gedruckt und vervielfältigt und als fertiggestellte Hetzmaterialien wiederum zur Verbreitung in die DDR zurückgebracht. Aus der BRD bzw. Berlin (West) wurden Druckmaterialien und -geräte, z.B. hochmoderne Vervielfältigungsgeräte, Papier usw. in die DDR geschleust, mittels derer die "Sektionsleitung DDR" in der DDR selbst Hetzzeitschriften und Flugblätter fertigte und zur Verbreitung brachte bzw. die "Berliner Leitung" oder direkt die anderen Zellen in anderen Städten damit versorgte.

Anlage II

Die konspirative Arbeitsweise der "Sektion DDR"

-Sicherheitsbeschuß-

Das "ZK der KPD" in Dortmund erarbeite eine Broschüre mit dem Titel "Regeln für die illegale Arbeit der Partei", die in demagogischer Absicht in Form und Gestalt Aussehen hatte wie eine Dietz-Broschüre

über Werke Lenins und auch inhaltlich Lenins Regeln für die illegale Arbeit aus dem Kampf der russischen Avantgarde benutzte. Diese "Regeln für die illegale Arbeit der Partei" lagen der Leitung der "Sektion DDR" vor, wurden intensiv ausgewertet und in einem Sicherheitsbeschuß "Sektionsaufbau DDR - 1/80 - SA Nr. 2 - Die revolutionäre Wachsamkeit erhöhen!"

Auf die Verhältnisse in der DDR angewandt und für ihre Feindsätigkeit präzisiert - also ein eigenes Dokument zum Studium, zur Schulung und zum Handeln erarbeitet. Eingeleitet wird der Sicherheitsbeschuß der Leitung der "Sektion DDR" mit den Worten: "Wir kämpfen hier in der DDR nun seit über 4 Jahren. Seit genau dieser Zeit versucht der Stasi, unsere Sektion zu liquidieren. Ihr wißt ja, mit welchem Erfolg sie das versucht - Bisher mit keinem! Die Ursachen für diesen, unseren Erfolg, sind vielfältig ..."

Und im weiteren sinngemäß:

"... bei und durch Einhaltung der Regeln und bei Abstellung den Regeln widersprechender Verhaltensweisen .. "

Werden sie weiter erfolgreich in ihrem Sinne wirksam werden können.

Über die grundlegenden operativen Konsequenzen, insbesondere für die Beweisführung, wird im Punkt 4.3. Stellung genommen.

Einige Fakten aus dem Sicherheitsbeschuß der "Sektion DDR", die auch im praktischen Vorgehen und Handeln der zu bearbeitenden Personen umgesetzt wurden. Der Sicherheitsbeschuß beinhaltet folgende Komplexe:

1. Einleitung
2. Grundregeln der konspirativen Arbeit
3. Illegaler Parteaufbau und Verbindungswesen
4. Illegale Propaganda und Aktionen
5. Ausrüstung der Zellen mit Material und Technik
6. Umgang mit Material, Herstellung von Propagandamaterial
7. Absicherung der Parteiverbindungen

- a) Treffs
- b) Sitzungen
- c) Fahrten mit Zug und Auto
- d) Schriftverkehr und Telefongespräche
- e) Tote Briefkästen

1. Sicherung gegen Verfolger
2. Kampf gegen Agenten und Provokateure
3. Feindstudium
4. Legale und halblegale Arbeitsformen
- * Verhalten im Betrieb, gegenüber Arbeitskollegen
- * Verhalten gegenüber Nachbarn und Bekannten
5. Verhalten bei Verhaftung
6. Technischer Anhang

Detailliert werden z.B. unter dem Stichwort "Stecken in Hausbriefkästen" folgende Verhaltensregeln gegeben:

- * "pro Aktion und Mann im allgemeinen nicht mehr als ca. 30 Zeitungen, Flugblätter usw. stecken,
- * Steckaktionen nicht durchführen, wenn die Gegend sehr belebt ist, aber auch nicht durchführen, wenn sie völlig menschenleer ist,
- * Material vorher in Briefumschläge stecken, Material muß immer sofort in kleiner, benötigter Zahl griffbereit sein,
- * Handschuhe oder eventuell Taschentuch benutzen,
- * Vorher eine Route überlegen, nicht im Kreis gehen, pro Straße nur 1 - 2 Hauseingänge anlaufen, oft um die Ecke biegen,
- * Auf Leute achten, die in parkenden Autos sitzen oder vom Fenster oder Balkon auf die Straße schauen und in diesem Fall besser weiter gehen,
- * Möglichst keine Hauseingänge mit großen, durchsichtigen Scheiben nehmen, bei Betreten Tür zumachen,
- * Erst schauen und lauschen, besonders auf Geräusche im Hof oder Flur der Parterrewohnung achten, erst wenn man sicher ist, daß die Luft rein ist, beginnen,
- * Ruhig und konzentriert arbeiten, bei eventuellen Geräuschen sofort abbrechen, rasch, aber nicht hektisch das Haus verlassen." Oder an anderer Stelle: "- alles dem allgemeinen Gebrauch dienende Material (Zeitungen, Broschüren) darf man nur mit Handschuhen anfassen. Alles Material muß verpackt aufbewahrt werden.
- * Alle beteiligten Genossen müssen vom ersten bis letzten Arbeitsgang mit Handschuhen arbeiten. Besorgt Euch Gummihandschuhe.
- * Natürlich dürfen für die illegale Arbeit nur Schreibmaschinen eingesetzt werden, die niemals für persönliche Zwecke benutzt wurden oder werden.
- * Hinterher alle Spuren sehr sorgfältig am Ort und an der Technik beseitigen.
- Sitzungen müssen gegen Beobachtung und Belauschung abgesichert werden. Abends Vorhänge zuziehen, geeignete Zimmer wählen, Radio oder fernsehen einschalten, prüfen, ob man an der Wohnungstür oder vor dem Fenster etwas mitbekommt."
- Auszugweise einige weitere Verhaltensregeln, die konsequent von den Feinden angewandt und mit denen das MfS konfrontiert wurden:
 - "-
 - * auch die engsten Vertrauten stets neu überprüfen,
 - * durch Belletristik Erfahrungen der illegalen Arbeit aus der Zeit des Faschismus aneignen,
 - * wer Verantwortung trägt, muß doppelt vorsichtig sein,
 - * die Führung der Partei am meisten absichern,
 - * nur jeder soviel wissen, wie unbedingt erforderlich ist,
 - * Neugier bekämpfen,
 - * Trotz Verhaftung sicheres Verbindungssystem gewährleisten,
 - * Bei Kleb- und Malaktionen an Ort auskundschaften, beste Fluchtwege feststellen, Bullenwachen, Streifenpläne, Warnsysteme. Bewaffnung des Feindes und eigene (I) überprüfen,
 - * Sicherheitstreffs durchführen,
 - * In Wohnungen kein belastendes Material aufbewahren,

* Vorräte von Technik und Druckmaterialien schaffen, Verstecke und Depots einrichten,
* Treffs sind die Hauptkettenglieder der illegalen Arbeit, dafür ein Minimum an Zeit verwenden, geeignete und ungeeignete Orte feststellen, Erkennungszeichen ausmachen,
* Keine Verspätungen, Treffdisziplin, Ausweichtreffs festlegen, auf kurzfristige Treffs vorbereitet sein,
* Bei Sitzungen auf Beobachtungen beim Aufsuchen der Orte achten, verschieden eintreffen,
- bei vermuteten Verfolgern den Termin nicht wahrnehmen
- Gegenkontrolle: Straße wechseln, aber nicht zu häufig, nie direkt zum Treff, Schaufenster ansehen, achtet auf Pkw mit Antenne und Personen, die Funkgeräte versteckt haben können.
Unter dem Stichwort: "Kampf gegen Agenten und Provokateure, die revolutionäre Wachsamkeit erhöhen."
" - revolutionäre Wachsamkeit üben. Beachtung der Disziplin ist bestes Kriterium, theoretische Zustimmung reicht nicht aus, wenn sie nicht in der Praxis bewiesen und umgesetzt wird, Schwächen und moralische Mängel entlarven, die Kontrolle darf Niemanden ausschließen,
Vorsicht bei Auswahl und Aufnahme neuer Mitglieder, auf Details im Verhalten achten

...

Zu "Kontaktaufnahmen, Verhalten gegenüber Arbeitskollegen, Bekannten, Nachbarn ... "

" ... zunächst mißtrauisch sein gegenüber jedem, der sich interessiert ..."

Zu "Verhalten bei Verhaftungen"

"... nichts aussagen, kein Geständnis, nicht rechtfertigen, nichts unterschreiben, nichts glauben..."

In der praktischen Feindtätigkeit sah das dann so aus:

Ein Leitungsmitglied der "Sektion DDR" trifft sich mit einem Zellenleiter zwecks Absprache weiteren Handelns bzw. konspirativer Materialübergabe.

Beide begeben sich aus unterschiedlicher Richtung in die Nähe des S-Bahnhofes Grünau. In einer Entfernung von ca. 100 m zueinander führen sie einen Sichttreff durch und geben sich dann durch das Mitführen bestimmter Gegenstände ein Zeichen, daß sie sich auf dem Weg dorthin abgesichert und nichts für sie Verdächtiges festgestellt haben. Ohne Kontakt miteinander gehabt zu haben, begibt sich einer zum S-Bahnhof Schöneweide und fährt von dort aus zum Bahnhof Berlin-Schönefeld, um in den Zug nach Potsdam einzusteigen. Der andere fährt vom S-Bahnhof Grünau nach Karlshorst, um dort in den selben Zug nach Potsdam zu steigen, der zu dieser Zeit seinen ersten Berliner Abgangsbahnhof dort hat. Ab Schönefeld, im gleichen Zug sitzend, begeben sie sich zueinander und führen ihren Treff durch. In Potsdam verlassen sie getrennt den

Zug und fahren in größeren Zeitabständen getrennt nach Berlin zurück.

Im Zusammenhang mit offensiven Maßnahmen des MfS war die Leitung der "Sektion DDR" verunsichert.

"....." eines "KPD"-Mitgliedes, welches ins Blickfeld des MfS geraten war, traf sich täglich mit einem Leitungsmitglied der "Sektion DDR" in einer Kaufhalle nahe ihrem Wohnort. Ohne persönlichen Kontakt zueinander zu haben, signalisierte "... " mittels mitgeführter Gegenstände, ob aus ihrer Sicht Gefahr droht.

Hatte eine der beiden Personen einen roten Plastbeutel mit sich geführt, hätte dieses Gefahr und größere Vorsicht bedeutet.

Es war abgesprochen, daß für diesen Fall alle Materialien vernichtet bzw. in Verstecke ausgelagert werden sollten. Am 29.08.1980 wurde durch Mitglieder der "Sektion DDR" eine sehr öffentlichkeitswirksame Hetzschriftenverbreitung mittels Abwurf von Flugblättern durchgeführt (Aktion "Wippe")

Ca. 50 Doppelbögen mit feindlichem Inhalt und Verfälschungen über die damalige Situation in der VR Polen worden von einem Dachboden eines Mietshauses in Berlin-Oberschöneweide abgeworfen. Die zum verzögerten Abwurf verwendete Kippvorrichtung bestand aus einem Brett, dessen mit Flugschriften versehene Seite, aus dem Dachbodenfenster ragte. Die andere Seite wurde mit einem Wasserbehälter beschwert, in dessen Boden solch ein Loch war, daß nach einer Verzögerung von ca. 1 Stunde das Wasser ausgelaufen sein mußte, die Kippvorrichtung sich neigt und somit die Flugblätter abgeworfen wurden.

Bis ins Detail konstruiert und nachgebaut - es wurde sogar ein weiteres Behältnis unter das auslaufende Wasser gestellt, daß das Wasser nicht in die unterliegende Wohnung durchlaufen kann und so eventuell eine frühere Aufdeckung der Aktion in Frage kommt - ist diese Vorrichtung aus dem Buch "Erinnerungen eines Illegalen" von HANKE über den antifaschistischen Widerstandskampf.

So wie in dem Sicherheitsbeschluß gefordert, studierten die Feinde und bedienten sich in der DDR veröffentlichter Literatur über den wahren revolutionären Kampf der Antifaschisten und mißbrauchten die Erkenntnisse für ihre Machenschaften.

Im Zusammenhang mit der Einführung eines IM in die Bearbeitung des Personenkreises, in dem Stadium, da der IM in das Blickfeld der Feinde gebracht wurden war, für sie objektiv interessant erschien, war er vielfachen Überprüfungsmaßnahmen ausgesetzt. Es wurde zum Beispiel nachgewiesen, daß sie Überprüfungsmaßnahmen und Ermittlungen im Wohngebiet und der Arbeitsstelle des IM durchführten. So begab sich ein Mitglied der "KPD" auf die Arbeitsstelle des IM und erkundigte sich unter Verwendung entsprechender Legenden unter anderem über die Richtigkeit, daß er dort tätig sei.

Unter dem Gesichtspunkt der konspirativen Arbeitsweise des Feindes, seiner bewußten Tarnung, Absicherung und Kontrolle sollen weitere Erkenntnisse aus dem OV dargelegt werden.

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß die operative Bearbeitung so ausgerichtet sein mußte, daß der Feind gar nicht erst nach Quellen des MfS in seinen Reihen sucht. Das bedeutet natürlich auch, daß durch spezielle operative Maßnahmen und Kombinationen eventuell verdächtige IM zweifelsfrei ihre Position in den Reihen der Feinde wieder sichern und stabilisieren können.

".....", hatte, obwohl er es selbst nicht immer mit den eigenen Regeln ihrer illegalen Arbeit sehr genau nahm, zu verschiedenen Zeitpunkten Verdacht gegen einen unmittelbar im Kern der Sektionsleitung arbeitenden IM geäußert.

So entschloß er sich, als eine Druck- und Vervielfältigungsmaschine von der Zentrale der "KPD" aus der BRD in die DDR eingeschleust werden sollte, den von ihm verdächtigten IM mit dieser Aktion zu betrauen. Er ging davon aus, daß die Maschine nicht in die DDR kommt, wenn der Verdächtige tatsächlich eine Quelle des MfS ist bzw. das MfS diese einbehalten wurde. Vor der bearbeitenden Diensteinheit stand die Aufgabe, abzuwägen, welcher Schaden entstehen kann, wenn die Druckmaschine in den Besitz der Sektion gelangt und entschloß sich, den IM die Schleusung dieses Gerätes erfolgreich durchführen zu lassen und wie später operativ nachgewiesen wurde, so das Vertrauen der Feinde zum IM wieder herzustellen bzw. die entstandenen Zweifel zu zerstreuen.

Ermöglicht wurde dieses Vorgehen auch durch den Umstand, daß der Standort des Druckgerätes und die direkten Nutzer bzw. die damit geplanten Vervielfältigungen unter operativer Kontrolle gehalten werden konnten. In einer anderen Situation mußte die bearbeitende Diensteinheit die Einschleusung eines hochmodernen, sehr effektiv arbeitenden Vervielfältigungsgerätes unbedingt verhindern. Mit diesem Geräte wären die Feinde in der Lage gewesen, in kurzer Zeit eine enorm hohe Stückzahl von Hetzzeitschriften herzustellen. Die Entscheidung wurde auch mit dadurch bedingt, daß die Aktion und Verwendung des Gerätes zu einem gesellschaftlichen Höhepunkt in der DDR geplant war. Da wiederum der IM mit der Übernahme des Gerätes aus der BRD beauftragt worden war, stand vor dem MfS die Aufgabe, das Fehlschlagen der Einschleusung mit einem eigenen, offensichtlichen Fehlverhalten der Feinde zu erklären.

Es wurde eine aufwändige und sehr umfangreiche operative Kombination durchgeführt, in deren Ergebnis die Leitung der "Sektion DDR" das Scheitern der Übernahme des

Vervielfältigungsgerätes dem fehlerhaften Verhalten des BRD-Kuriers zuschrieb.

Die operativen Maßnahmen liefen letztendlich darauf hinaus, daß die Kuriere das Gerät unweit der Transitstrecke in einem Gelände ablegen mußten, welches das vermeindlich vorzeitige Entdecken des Versteckes durch Unbeteiligte ermöglichte. Eine weitere zielgerichtete Überprüfung von engen Vertrauten der

"Sektionsleitung DDR" wurde in Form der Übergabe von Desinformationen realisiert.

"..." informierte in Absprache mit "... ein weiteres Sektionsmitglied über den Zeitpunkt und Ort, an welchem er sich mit einem wichtigen Instrukteur des "Zentralkomitees" treffen will.

"..." ging davon aus, daß bei Vorhandensein einer undichten Stelle das MfS diesen Treff beobachten würde. Er beauftragte "..." zwei Tage vor dem fiktiven Treff, sich in das benannte Hotel nach Neubrandenburg zu begeben und in Form einer zielgerichteten Gegenbeobachtung alle möglichen Sicherungsmaßnahmen des MfS festzustellen. Obwohl die bearbeitende Diensteinheit keine Anhaltspunkte hatte, daß es sich um eine gezielte Überprüfung des IM handelte, konnte sie umsichtig und richtig auf diese Provokation reagieren. Es wurde abgewogen

a) Bearbeitungsstadium und -stand

(relativ fortgeschritten)

b) aktuelle Auftragslinie des IM und Perspektive

b) Nutzen einer Dokumentierung des Treffens bzw. der Identifizierung des Instrukteurs

(im Vergleich zu bereits gesicherten Erkenntnissen zu Verbindungen in das Operationsgebiet).

Im Ergebnis dessen wurde von operativen Maßnahmen zu dem vermeintlichen Treffen des "... mit dem Funktionär der Zentrale Abstand genommen.

Einige Erkenntnisse zu dem Stichwort "... auf die Verhaftung vorbereitet sein ...".

Zu den Verhaltenslinien der "Sektion DDR" gehörte die Vernichtung bzw. Auslagerung jeglichen belastenden Materials in Gefahrensituationen. Das bedeutete insbesondere für die Sicherung materieller Beweismittel

a) so vorzugehen, daß auch bei Zersetzungs- oder Verunsicherungsmaßnahmen die Beweismittel für spätere strafrechtliche Maßnahmen verfügbar bleiben,

b) in der operativen Bearbeitung Standorte und Fundmöglichkeiten von belastenden Beweismitteln zu ermitteln und zu sichern.

Des Weiteren war abzusehen, daß im Zusammenhang mit strafprozessualen Zwangsmaßnahmen, nach Inhaftierung und Einleitung von Ermittlungsverfahren zu Verdächtigen, die sicherste Möglichkeit der Überführung der Täter ebendiese materiellen Beweismittel und nicht eventuell zu erwartende Geständnisse und gegenseitige Belastungen sind. Die Abschlüsse der Untersuchungsverfahren haben ausnahmslos gezeigt, daß von allen bearbeiteten und inhaftierten Personen gerade die Richtlinie "... nichts aussagen, kein Geständnis, nicht rechtfertigen, nicht glauben ..." am prinzipienfestesten eingehalten wurde.

Zugegeben wurde nur, was durch das Untersuchungsorgan nachgewiesen werden konnte.

("..." reagierte nach der Inhaftierung auf die ersten Fragen des Untersuchungsorgans sinngemäß so und hielt das eine lange Zeit

durch: "... man habe ja genug Material in seiner Wohnung gefunden, das wolle und könne er nicht mehr abstreiten, er wisse auch, warum er da sei ..., aber weitere Angaben seien von ihm nicht zu erwarten ...".)

Unabhängig davon, daß, wie bei "...." erstmal ausreichende Beweismittel für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft vorlagen, ist diese Erkenntnis von grundlegender Bedeutung für alle durch das MfS bearbeitete OV in Bezug auf spätere strafprozessuale Maßnahmen. Die Sicherung von Beweismitteln, insbesondere offiziell verwertbare Beweismittel, die Offizialisierung von inoffiziell vorhandenen Beweismitteln, muß im Mittelpunkt jeder OV-Arbeit, im Mittelpunkt der Beweisführung stehen - unabhängig von der möglichen Abschlußart des OV.

Wie der Feind sich noch auf eine mögliche Inhaftierung vorbereitet, zu Zeiten seiner Feindtätigkeit für ein möglichst mildes Strafmaß vorbeugen oder die Sicherheitsorgane desinformieren will, soll folgendes Beispiel zeigen:

"..." hat in sein Tagebuch zwei Fehlinformationen eingetragen:

- ... es ist nicht gelungen,, unter Studenten der HUB Mitglieder zu gewinnen...

- ... bisher konnte noch kein Kontakt zur Albanischen Botschaft in Berlin hergestellt werden ...

Weniger des Strafmaßes wegen als vielmehr der Desinformation dienend, versucht "...", bestehende Verbindungen in dieser Form zu leugnen, andere feindliche Kräfte vor möglichen Maßnahmen der Sicherheitsorgane zu schützen und dem Charakter seines Wirkens entsprechend deren Arbeit nach der Inhaftierung einzelner weiter zu ermöglichen.

"..." besaß neben dem elektronischen Informationsspeicher - ein hochmoderner Computer aus dem NSW, mit welchem er verschlüsselte Informationen der Zentrale in der BRD übergab - ein ebenfalls eingeschleustes "Wanzensuchgerät". Das war für ihn keine Spielerei.

"..." überprüfte vor allen wichtigen Zusammenkünften in seiner Wohnung alle Zimmer auf Existenz von Abhöranlagen und schirmte sich durch das Lauterstellen des Radio- oder Fernsehgerätes, das Zuziehen der Vorhänge usw. ab.

Aus der operativen Sicht wurde und mußte dem Gebrauch von (Gegen-) Technik durch die Feinde Rechnung getragen werden. Es war bekannt, daß "..." eine eigene Wohnung suchte bzw. einen Wohnungsantrag zu laufen hatte. Ihm wurde über operative Maßnahmen eine vorher durch das MfS präparierte Wohnung zugewiesen und so seine Gegenüberprüfungsmaßnahmen unwirksam gemacht.

Wie konsequent die Mitglieder der "Sektion DDR" die Regeln zur Vermeidung von Spuren eingehalten haben, wurde aus den Darlegungen zu den erfolglosen Versuchen der Überführung der Feinde im Rahmen von kriminaltechnischen Vorkommisuntersuchungen deutlich.

Die Ursachen vom Nichtauffinden oder Vorhandensein von Spuren von Hetzschriften, Flugblättern und Losungen, Tatrelikten und den Tatorten war zurückzuführen auf folgende Umstände:

Die Mitglieder der "Sektion DDR", die Heizmaterialien ausarbeiteten oder anfertigten, trugen vom ersten bis zum letzten Arbeitsgang Handschuhe. Das führte so weit, daß Kaffee in "Arbeitspausen" mit Handschuhen serviert wurde. Kaufte man Papier, Druckmittel oder Briefumschläge, wählte man im Geschäft aus, ohne diese anzufassen und ließ sie sich vom Verkaufspersonal einpacken. Bei Hetzschriftenverbreitungen oder sonstigen Aktionen wurde mit vorher durchdacht und geplanter Genauigkeit, Handschuhe tragend, Bekleidung wechselnd usw. vorgegangen. Es wurde nachgewiesen, daß "KPD"-Mitglieder bereits während ihrer Studienzzeit Informationen von Kommilitonen und anderen Fachbereichen über kriminalistische und kriminaltechnische Mittel und Methoden einholten, sich in der Folgezeit einschlägig schulten auf diesem Gebiet, um Gegenmaßnahmen zu zu erwartenden Aktivitäten der Sicherheitsorgane treffen zu können.

Anlage III

Beispielhafte Darstellung der Intensität der Feindaktivitäten

"....."

- führte ungesetzlich in die DDR ein,
- stellte illegal in der DDR her,
- verbreitete

im Zeitraum von April 1976 bis Mai 1979 ca. 3700 von Sept. 1979 bis März 1981 " 4700

Exemplare von Hetzzeitschriften .

Die Verbreitung erfolgte fortlaufend durch die Ablage an öffentlichen Orten, Einwurf in Hausbriefkästen und die Übergabe an andere Mitglieder der "KPD-Sektion DDR." Er war maßgeblich beteiligt an der textlichen und bildlichen Gestaltung der Hetzzeitschrift "Roter Morgen", die in der DDR zusammengestellt und inhaltlich ausgearbeitet, in der BRD gedruckt, wieder illegal in die DDR eingeschleust und dann in der DDR verbreitet wurden, insgesamt an ca. 5400 Exemplaren. "... sammelte Adressen von DDR-Bürgern und übergab diese sowie andere Materialien und Informationen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR an Kuriere und Instruktoren der "KPD" aus der BRD oder Berlin (West).

Zu dieser Informationsübergabe bediente er sich u. a. eines aus der BRD eingeschleusten elektronischen Informationsspeichers, mit dem er die Angaben codieren konnte. Er arbeitete konspirativ, benutzte TBK, hatte und nutzte Decknamen und sicherte sich gegen Maßnahmen der Sicherheitsorgane der DDR ab.

Das Motiv seines Handelns war getragen von verfestigten feindlichen Einstellungen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, pseudorevolutionären, linksextremistischen ideologischen Grundpositionen, die sein Handeln bestimmten und auf die Beseitigung der Machtverhältnisse in der DDR mit letztendlich gewaltsamen Mitteln ausgerichtet waren.

Obwohl die "Sektion DDR" mit ihren Aktivitäten ideologische Grundlagen für die Beseitigung der Machtverhältnisse in der DDR - den geistigen Nährboden für eine Konterrevolution - schaffen wollte, beschäftigte sich gerade "...." des öfteren mit dem Problem, wie man Waffen beschaffen und dann anwenden könne. Dabei kalkulierte er Überfälle auf VP-Angehörige und -Objekte ein, um in den Besitz von Waffen gelangen zu können.

Der "...." verbreitete von 1976 bis 1981 ca. 13300 Hetzschriften in

ca. 40 Einzelaktionen, übergab in 57 Fällen Materialien an andere Mitglieder und unterstellte Zellen zur Verbreitung.

Er stellte 35 Hetzpamphlete her und brachte in der Hauptstadt 3 Farbspray-Hetzlosungen und 2 Hetzplakate an. Arbeitsteilig gingen alle Mitglieder der "Sektion DDR", insbesondere der Sektionsleitung, vor. Beim Ausbau ihres konspirativen Arbeitens und Verbindungssystems, bei gegenseitigen ideologischen Schulungen, der Anfertigung von Schriften und Plattformen zur eigenen Selbstverständigung und bei der Perfektionierung ihrer technischen Hilfsmittel und Apparaturen. Größtenteils wurden Geschwister, Ehepartner oder Lebensgefährten mit einbezogen und Neuerwerbungen vorgenommen.

Wege und Möglichkeiten der Offizialisierung inoffiziell vorliegender Beweismittel in strafprozessual verwertbare Beweismittel_____

Die strafprozessual erforderlichen Beweismittel zum Nachweis strafrechtlich relevanter Handlungen müssen in der Vorgangsarbeit vor der Einleitung strafprozessualer Zwangsmaßnahmen gesichert werden.

Je sicherer die Beweislage, z. B. vor der Einleitung eines strafprozessualen Prüfungsstadiums gem. § 95 StPO ist, möglichst durch das Vorliegen materieller Beweismittel, jedoch auf alle Fälle offiziell verwertbarer Beweismittel, jedoch so weniger muß die Möglichkeit der strafrechtlichen Ahndung der Aussagebereitschaft des Feindes überlassen werden. Diese vermeindliche Binsenweisheit stößt jedoch noch allzu oft auf garnicht oder nur unzureichend vorhandenen offiziell verwertbaren Beweismitteln in OV.

Inoffizielle Beweismittel sind in der OV-Arbeit zu offizieren bzw. deren Offizialisierungsmöglichkeiten mit Sicherheit im und durch das strafprozessuale Prüfungsstadium vorzubestimmen. Dabei sind die speziellen Möglichkeiten des strafprozessualen Prüfungsstadiums zu nutzen.

Die Offizialisierung kann erfolgen durch

1. Die Handlung des den tatsächlichen Anlaß bildenden inoffiziellen Beweismittels in ein offizielles Beweismittel, in dem die inoffizielle Art und Weise des Zustandekommens konspiziert wird. (Das MfS hat inoffiziell Kenntnis, daß in der Wohnung des Verdächtigen eine Druckerei befindlich ist. Offizielle Kräfte, z. B. gesellschaftliche Funktionäre oder Beauftragte, die Deutsche Volkspolizei oder Feuerwehr, ABI, stellen bei einer

Brandschutzkontrolle, Havarieuntersuchung oder sonstige Wohnungsbegehungen, die Einsichten verschaffen, die Existenz dieser Druckerei fest).

2. Das Ersetzen des inoffiziellen Beweismittels durch ein offizielles Beweismittel.

(Kräfte der Abteilung VIII oder IM wissen von einem Treff oder einer Materialübergabe durch Kurier. Passanten o.ä. werden festgestellt und befragt, die diese Tatsache ebenfalls - vorher unbewußt - wahrgenommen haben).

3. Nutzung eines anderen real existierenden Geschehens.

(Die durch den IM erarbeitete Information, daß der Verdächtige Funktionär der "KPD" ist, wird offizialisiert, indem Personen gegenüber dem Verdächtigen gleiche Angaben gemacht haben, festgestellt, befragt und als Zeugen genutzt werden).

4. Nutzung eines anderen real existierenden Geschehens, um durch die Klärung dieses auf das zu Untersuchende zu kommen.

(In der Nähe des Ablageortes eingeschleuster Materialien findet statt oder wird organisiert, ein rechtlich relevanter Zwischenfall oder Vorkommnis. Die Untersuchung dieses ergibt die Entdeckung des Ablageortes)

5. Nutzung von Kontrollbefugnissen, die sich aus Rechtsvorschriften ergeben.

(Zollkontrollen bei Instruktoren oder Kurieren).

Selbstverständlich stellt die Anfertigung von Gutachten zu vorgefundenen Spuren und Tatrelikten bzw. deren Vergleich mit operativ erarbeiteten Vergleichsspuren von Verdächtigen eindeutige offizielle Beweismittel dar.

Anlage IV

Der operative Nutzen der generellen Anwendung von kriminaltechnischen Untersuchungsmethoden und Vergleichsarbeit besteht auch gerade in dem Umstand, daß oftmals lange Zeit bevor die Entscheidungen über die Abschlußart, über Einleitung eines Ermittlungsverfahrens oder nicht, getroffen sind, für alle Eventualitäten offiziell verwertbare Beweismittel zur Verfügung stehen.

Abteilung XXII/3 Berlin, 26. 3. 1984

